

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Zeitgemäße Betrachtungen zur Reichstagswahl am 7. Dezember



ieder hat das deutsche Volk am 7. Dezember die Entscheidung zu fällen, wie sich seine Geschichte innen- und außenpolitisch in der nächsten Zukunft gestalten sollen. Sind wir uns auch klar darüber, daß das Schicksal des deutschen Volkes mitbestimmt wird von dem Willen und der Interessenpolitik der Siegermächte, so besteht trotzdem die Möglichkeit, daß von einer Regierung bei richtiger Würdigung der innen- und außenpolitischen Verhältnisse, letzten Endes eine den wirtschaftlichen und sozialen Aufstiege Deutschlands verbürgende Politik betrieben werden kann.

Eine derartige Regelung kann aber nur gewählt und unterstützt werden durch ein Parlament, das in seiner Zusammensetzung eine Mehrheit der vom Volke gewählten Abgeordneten enthält, die mit demokratischem Geist und Willen besetzt sind. Dessen muß sich das deutsche Volk im allgemeinen und die Arbeitnehmer im besonderen bemüht sein. Hier liegt die Voraussetzung zu einer Innen- und Außenpolitik, die zu Deutschlands wirtschaftlicher Gesundung und der Wiedererlangung der Achtung des Auslandes führen wird.

Wir können feststellen: bei den Arbeitnehmern ist die starke Zuversicht vorhanden, diesmal einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen. Darin liegt bereits ein großer Fortschritt der Erkenntnis und des Gefühls, daß die bürgerlichen Parteien im Reichstag nur die Interessen der Besitzenden vertreten, und daß die Arbeitnehmer, zur Vertretung ihrer Interessen lediglich auf die Arbeiterparteien angewiesen sind.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die sich in gewerkschaftlichen Organisationen zusammengeschlossen haben, müssen am 7. Dezember mittels des Stimmzettels ihren Willen zum Ausdruck bringen, ob sie noch weiter die Wünsche der kapitalistischen Produktionsweise — den Raub: an ihrer Arbeitskraft, an ihrer Gesundheit — tragen wollen. Denn der Leidensweg, den die beschlossene Klasse geht, führt über Leiden, Hunger und grenzenloses Elend.

Durch den Verlust des Krieges und durch die damit verbundenen Auswirkungen (siehe Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles) wurde das politische Gebiet Deutsch-

lands bedeutend kleiner. Das europäische Deutschland verlor bis zum Ausbruch des Weltkrieges eine Gebietsgröße von über 500 000 Quadratkilometer, mit einer Bevölkerungszahl von 67 Millionen Menschen. Hinzu kam noch das Kolonialgebiet Südwestafrika, Kamerun, Togo, Ostafrika, Neuguinea, die Inseln des Großen Ozeans und Kiautschou, zusammen mit 2 907 552 Quadratkilometer und über 12 Millionen Menschen.

Der für Deutschlands Stellung — im Bund der Völker und in der Weltwirtschaft — so verhängnisvoll beendete Weltkrieg brachte den Verlust von Elsaß-Lothringen und das

Recht einer 15jährigen Ausbeutung des Saargebietes an Frankreich. Letzteres als Ersatz für die zerstörten Bergwerke in Nordfrankreich. Ferner gingen für Deutschlands Gebietsinheit verloren: die Kreise Eupen und Malmedy an Belgien; Nordschleswig an Dänemark; der heutige Freistaat Danzig; das Memelgebiet an Litauen; das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei; ein Teil von Westpreußen — Posen — Ostpreußen — Pommern und der für die deutsche Wirtschaft bedeutungsvolle, industriell entwickelte und kohlenreiche Teil von Oberschlesien;

und endlich der Verlust des gesamten Kolonialgebiets. Rechnen wir noch die erfolgten Besetzungen deutscher Gebiete seit Kriegsende und die damit verbundenen Leiden der Bevölkerung und die Drosselung der Wirtschaft, wie die Reparationslasten hinzu; gedenken wir der Wirkung der Geldentwertungsperiode für die Lebenshaltung der Arbeitnehmer, dann sehen wir in aller Deutlichkeit, in welche „herrliche Zeiten“ das deutsche Volk hineingeführt worden ist durch die Sachwalter der Monarchie, durch die Anbeter einer kapitalistischen Weltordnung.

Unersetzbare Werte — materiell und ideell — sind damit dem deutschen Volke verlorengegangen. Nur eins ist übrig geblieben: die Arbeitskraft der Arbeitnehmer und ihr Wille zum wirtschaftlichen Aufstieg.

Am 1. Juni 1922 sagte der frühere Reichskanzler Dr. Brüning in seiner programmatischen Regierungserklärung:

„Unsere gesamte Industrie muß eingestellt werden auf Höchstleistung sowohl hinsichtlich der Quantität als auch mehr der Qualität... Qualitätsleistungen auf allen Gebieten sind für uns eine

Wahltag

Volk der Fabriken, wie Hammerschlag
Gib deine Antwort vergeltendem Tag.
Stimmen sind Glocken, Stimmen sind Brand.
Du trägst dein Schicksal in eigener Hand.
Stimmen sind Sonne dem dunklen Geschlecht!
Stimmen sind Freude und forderndes Recht!
Stimmen zu Stimmen, ein stürmender Schrei...
Und im Dezember blüht rot dir dein Mai.

Bruno Schönlank.

90
90
90
90

90
90

50

90

30

ent-
enk-
h mit
verk
be-
den.

unbedingte Voraussetzung, wenn wir allmählich hineinwachsen wollen in die Weltwirtschaft... Alles was die Qualitätsarbeit fördern kann, ist vom Standpunkt der Wirtschaftspolitik aus zu fördern und zu stützen."

Also Steigerung und Bereicherung der Güterproduktion! Das sei die Voraussetzung zum Export und damit Wiedergewinnung von Absatzmöglichkeiten auf dem Auslandsmarkt. Von dem kapitalistischen Unternehmertum und deren Sachwaltern wird die Befundung der deutschen Wirtschaft wohl von der Lösung des technischen Problems — in Erklärungen und Broschüren — abhängig gemacht, aber wo bleibt die Tat?

Neben der Lösung des technischen steht auch das seelische Problem. Die kapitalistisch interessierten Kreise machen Vorschläge — wie es gerade gegenwärtig der Fall ist — zur „Lösung des seelischen Problems“ (Arbeitsarbeit). Mit diesen und anderen Mitteln denken sie das Interesse der Arbeitnehmer an ihrer Arbeit und damit auch das Interesse an der Gesamtwirtschaft zu steigern. Um die Wirtschaft zu heben, müßte anhaltender und anstrengender gearbeitet werden. Also Rekrutierung der Arbeitnehmer! Der Zehn- und Zwölfstundentag, Abbau der Löhne und der sozialen Leistungen (Krankenlohn, Urlaub, Arbeitslosenunterstützung usw.) sind nach Auffassung der Unternehmer Mittel zum Zweck, nämlich: Steigerung des Profits und damit „Wiedergesundung

der Wirtschaft". Ist das die Lösung des seelischen Problems? Sind diese Vorschläge die Mittel, die das Interesse der Arbeitnehmer an ihrer Arbeit steigern?

Die Erhaltung und die Steigerung der Arbeitskraft der werteschaffenden Arbeitnehmer durch ein Existenzminimum, das ein menschenwürdiges Dasein garantiert und die gesetzliche Festlegung von Mindestarbeitsbedingungen, unter denen kein Arbeitnehmer seine Arbeitskraft verkaufen braucht, ist erste Voraussetzung für das, was der frühere Reichszentralrat in der angeführten Regierungserklärung gesagt hat. Von der Lösung des psychologischen Problems in erster Linie, der Lösung des technischen Problems in zweiter Linie und von einer gerechten Steuerveranlagung hängt die Wirkung der Reparationslast ab!

Abwälzung der Reparationslast auf die besitzende Klasse — Auf und Ausbau des gegenwärtig geltenden Arbeitsrechts — Hebung der wirtschaftlichen und kulturellen Lage der Lohn- und Gehaltsempfänger — das sind Programmpunkte der freien Gewerkschaften, zu deren Durchsetzung die Unterstützung der sozialistischen Arbeiterpartei im Reichstag notwendig ist. Deshalb, Kollegen und Kolleginnen, denke jeder darüber nach, was der Vergangenheit angehört und was die Zukunft bringen kann. Dann werden alle ihre Pflicht am 7. Dezember erfüllen. W. Schapitz, Leipzig.

Das organisierte Unternehmertum im Wahlkampf.

Den Gewerkschaften ist es hier und da übergenommen worden, daß sie zu den Wahlen am 7. Dezember Stellung genommen und ihren Mitgliedern empfohlen haben, nur solchen Kandidaten die Stimmen zu geben, die auch gewerkschaftliche Forderungen politisch vertreten. Wie notwendig das ist, beweisen zwei Dokumente, die der „Vorwärts“ kürzlich aus dem Dunkel ins Tageslicht zerrie und die zeigen, bis zu welchem Grade politischer Korruption und Unmoral sich das Unternehmertum bereits verfliegen hat. Das erste, das der Berliner Großindustrielle Ernst von Borfig den übrigen Industriern zuschickte, lautet:

Die Reichstagswahlen am 7. Dezember d. J. werden für die künftige Wirtschaftsentwicklung von ganz besonderer Bedeutung sein. Noch mehr als bei früheren Wahlen wird darauf Bedacht genommen werden müssen, daß vor allem solche Abgeordnete gewählt werden, die wirtschaftlichen Weltblick besitzen, den Ästen der Wirtschaft Verständnis entgegenbringen und ihren Bedürfnissen in ihrer parlamentarischen Tätigkeit Rechnung tragen. Es gilt auch diesmal wieder, Geldmittel aufzubringen, um die Interessen der Wirtschaft bei der Wahl zur Geltung zu bringen. Ich erlaube mir daher, auch jetzt wieder an die Mitglieder heranzutreten mit dem Vorschlag, ebenso wie bei der vorigen Wahl, einen Beitrag von 2 Mk. pro Kopf jedes am 1. Oktober 1924 beschäftigten Arbeiters und Angestellten zu entrichten, wobei ich bemerken darf, daß einzelne Firmen in Anerkennung der besonderen Bedeutung der diesmaligen Wahlen bereits Beiträge von 3 und 4 Mk. pro Kopf des beschäftigten Arbeitnehmers gezahlt haben. Der gleiche Ausmaß, der es bereits bei früheren Wahlen übernommen hat, die eingehenden Gelder auf die verschiedenen Parteien im entsprechenden Verhältnis zu verteilen, wird auch dieses Mal in Tätigkeit treten. Ich bitte Sie, sich Ihrerseits an dieser für die Wirtschaft besonders bedeutungsvollen Maßnahme zu beteiligen und einen entsprechenden Betrag auf das Sonderkonto W. des Verbandes Berliner Metallindustrieller G. B. bei der Deutschen Bank, Depositenkasse C, Berlin W. 9, Potsdamer Str. 127/128, unter gleichzeitiger Angabe an die Geschäftsstelle des Verbandes zu überweisen. Spezielle Wünsche, daß die Gelder einer bestimmten Partei zugeführt werden sollen, werden entgegenkommend berücksichtigt. Soweit Firmen für Wahlzwecke bereits Beiträge an andere Stellen abgeführt haben, steht der Anrechnung dieser Beträge nichts im Wege; ich bitte jedoch, dabei angeben zu wollen, welche Beträge bereits gezahlt und wohin sie abgeführt sind. Mit Rücksicht auf die Nähe des Wahltermins ist große Beschleunigung geboten.

Wirtschaft sagt Herr v. Borfig und Unternehmer meint er. Wer daran zweifeln sollte, dem sagt es das zweite Rundschreiben (datiert vom 6. November 1924), das folgendermaßen lautet:

Die Industrie und ihre Verbände werden zurzeit im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen von den verschiedenen Parteien um erhebliche Geldleistungen angegangen. Die Zusage einer Gegenleistung hierfür wird meistens nicht gegeben, auch in präziser Form von den gebenden Industriellen bzw. Verbänden, soweit uns bekannt geworden ist, nicht verlangt. Von verschiedenen Seiten aus Mitgliedschaften, Verbänden und Firmen ist an die Vereinnahmung der Anregung und Aufforderung gerichtet worden, doch der deutschen Arbeiterschaft einige Unterlagen und richtunggebende Punkte für das Zusammengehen mit den Par-

teien und für den Wahlkampf überhaupt zu geben, zumal auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund klare Parole herausgegeben hat. Auch auf den Wahrspruch des Reichslandbundes machen wir aufmerksam. Wir betonen, daß die Vereinnahmung der Deutschen Arbeitgeberverbände nach wie vor gewollt ist, überparteilich zu arbeiten, daß sie es aber als ihre Pflicht ansehen, die Arbeitgeberschaft aufzufordern, diejenigen Parteien, welche gegen die grundsätzliche Auffassung der deutschen Wirtschaft arbeiten und eingestellt sind, zu bekämpfen, sowohl materiell wie ideell. Deshalb meinen wir, daß die Unterstützung einzelner Abgeordneter und Parteien von folgenden allgemeinen Gesichtspunkten getragen werden müßte. Die Wahl am 7. Dezember ist entscheidend für die ganze weitere Entwicklung des Volkes, des Staates und der Wirtschaft. Es geht um den Kampf zwischen internationalistischer Weltanschauung und dem Streben einer Erhaltung nationaler Staats- und Wirtschaftsauffassung, um einen Kampf zwischen nichtdeutschem und deutschem Denken. Der deutschen Arbeitgeberschaft — sie mag politisch eingestellt sein wie sie will — ist hiermit die Linie für den Wahlkampf gegeben. Es geht bei dem Schlüsselpunkt der deutschen Wirtschaft um die Frage, ob nach Annahme des Dawes-Guthriens innenpolitisch die zu dessen Durchführung und zur Gesundung der Wirtschaft als notwendig erkannten Maßnahmen auch tatsächlich sichergestellt werden. Daraus ergibt sich die Pflicht der deutschen Arbeitgeberschaft und der Führer ihrer Verbände in erster Front zu stehen und ideell wie finanziell jeder Partei und jedem Abgeordneten zu helfen, der diese Fragestellung erkannt hat und mit uns an der Lösung mitarbeiten will. Man soll aber von der Industrie und dem Gewerbe nicht erwarten können, daß sie eine Wahl finanzieren helfen, von der sie nicht die Überzeugung haben, daß die Grundlagen einer gesunden und nationalen Wirtschaft hierbei erkannt sind und entsprechend gefördert werden. Daher ist es notwendig, daß die Arbeitgeberschaft und ihre Verbände sich zentral sowohl wie bezirklich und örtlich mit den Parteien und ihren Geschäftsstellen, wie auch mit den einzelnen Abgeordneten, soweit dies nicht geschehen ist, sofort in Verbindung setzen, um deren Grundeinstellung zu erfahren. Die Industrie hat schon genug Geld gegeben im Staats- und Allgemeininteresse, ohne jede Gegenleistung zu verlangen. Wir haben bisher in der Vereinnahmung und in unseren Mitgliedsverbänden stets den Grundsatz vertreten, daß wir das Industrieinteresse heute am besten wahrzunehmen, wenn wir uns für einen starken Staat einsetzen. Wir können daher verlangen, daß im Rahmen des Staats- und Allgemeininteresses die bürgerlichen Parteien und ihre Abgeordneten sich von den von uns und unseren Mitgliedsverbänden vorgebrachten Forderungen auf sozialpolitischem Gebiete nicht verschließen. Kein Abgeordneter dürfte sich bei Anerkennung dieser Grundsätze etwas verheben. Wir lassen unsere Stellungnahme kurz zusammenfassen: Kampf gegen den Internationalismus, der verkennet, daß ein international eingestelltes Deutschland nur dann zur Geltung kommen kann, wenn der Staat geküßt auf eine gesunde Wirtschaft, weder zur Macht und Deutschland selbst ein machtvoller Staatswesen wieder zur Weltgeltung und Gleichberechtigung kommt. Ein politisch wie wirtschaftlich schwaches Deutschland wird auch auf dem Gebiete internationaler Sozialpolitik immer im Nachteil sein.

Deshalb wenden wir uns heute besonders dagegen, uns international in der Gestaltung unserer Innenpolitik und vor allem unserer Sozialpolitik festzulegen.

Das Ziel muß vielmehr die auf uns selbst gestützte Erhaltung einer freien deutschen Wirtschaft als der Grundlage eines gesunden Staats-

wesend sein. Wahrheit, Vernunft und gesunde Wirtschaftstendenzen müssen sich gegen internationale Phrasen, marxistische Weltanschauung und rabidate Utopien stemmen. Wir bitten, diese grundsätzliche Einstellung der Vereinigung, die wohl die jedes Verbands und Arbeitgebers sein dürfte, überall in entsprechender Form auch in den Bezirken und einzelnen Orten mit Nachdruck gegenüber den Parteien und Wahlkandidaten auch praktisch zu vertreten.

Welche Forderungen und Grundsätze wir im einzelnen auf unseren Tätigkeitsgebieten haben, dürfte unseren Mitgliedern und der Öffentlichkeit bekannt sein. Flugblätter, Broschüren usw. sind unseren Mitgliedern ausgegangen bzw. in Arbeit. Ueberhaupt stehen Propagandamaterial und sachliche Unterlagen über alle Arbeitsgebiete der Sozialpolitik für die Information der eigenen Mitglieder wie für die Öffentlichkeit in größtem Umfange für die Verbände bereit. Tägliche Arbeit der Geschäftsleitung der Vereinigung für Auskünfte über alle Fragen der Wahl, Programme der Parteien, Kandidaturen wie zur Weiterleitung von Geldmitteln an die richtigen Stellen zur Verfügung. Exemplare dieses Rundschreibens können bei uns kostenlos angefordert werden.

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V. Für den Vorstand: gez. C. v. Borfig. Die Geschäftsleitung: gez. Dr. Längler. gez. v. Jengen.

Dazu sagt der „Vorwärts“ u. a.:

Es ist niemals nadder herausgefragt worden, daß die deutsche Industrie die Politik als ein bloßes Handelsgeschäft betrachtet. Dies Rundschreiben geht so weit, daß es nicht nur die Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung jeder Partei erkennen läßt, die sich kontraktlich verpflichtet, im Interesse ihrer Geldgeber zu arbeiten, sondern darüber hinaus auch die Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung einzelner Abgeordneter. Man wird sich demnach im künftigen Deutschen Reichstag die Abgeordneten der reaktionären Parteien genau ansehen müssen, die sich mit der größten Entschiedenheit für die Sache der sozialen Reaktion ins Zeug legen. Man wird bei jedem von ihnen die Frage aufwerfen und untersuchen müssen: hat er während der Wahl selber von den Industriellen erhalten, und hat er dafür bestimmte Zusicherungen — kontraktlich festgelegt oder mündlich — gegeben? Erhält er während seiner Parlaments-tätigkeit weitere finanzielle Unterstützungen von industrieller Seite? Welche Verpflichtungen ist er für solche finanzielle Unterstützung eingegangen? Und schließlich, wie hoch sind die Summen, die er erhalten hat, oder die er noch erhält? Wieviel kostet der Industrie die Stimme eines der sozialreaktionären Abgeordneten im Deutschen Reichstag? ... Alles für Geld! Das ist die wahre Wahlparole der sozialreaktionären Industriellen. Mit Geld wollen sie alles kaufen: den einzelnen Abgeordneten, die Partei, das Parlament, den Jehnstundentag. Denn das ist schließlich Sinn und Zweck des Handelsgeschäftes. Sie wollen ein willkürliches Parlament, das mit der deutschen Sozialpolitik endgültig Schluss macht, das die deutschen Arbeiter ihrer Willfür ausliefert, damit sie die Lasten des Dawes-Planes aus ihnen herauspressen können. Jetzt auf einmal sind sie für den starken Staat! In der Inflationszeit flehten sie die Wirtschaft über den Staat. Damals wollten sie für sich die Freiheit, die Staatsfinanzen und die Währung zugrunde zu richten, um daran zu verdienen. Heute schwören sie wieder für den starken Staat. Er soll das Instrument sein, das die Arbeiterschaft niederhält und mit den Kosten der Reparation belastet, den Besitz aber schon und schützt.

Diesem Zweck dienen die beiden grundsätzlichen Forderungen der Industriellen, die das Rundschreiben der Arbeitgeberverbände aufstellen. Die erste ist: industrieller Hochschutzzoll. Das ist es, was sich hinter der Phrase vom Kampf der nationalen Staats- und Wirtschaftsauffassung gegen internationalistische Weltanschauung verbirgt. ... Keine Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, keine internationale Sozialpolitik, keine Eingliederung Deutschlands in den freien Weltmarkt — so steht die reaktionäre, volksfeindliche und verberbliche Politik aus, die die Industriellen mit ihrem Geld kaufen wollen.

Die weitere Moral von der Geschichte ist: Die Unternehmer haben kein Geld für Lohnerhöhungen, weil sie 2 bis 4 Mk. pro Arbeiter an den Wahlkorruptionsfonds der „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ abführen müssen. Man zwingt also die Arbeiter durch Herauspressung erhöhten Mehrwerts, selbst die Beiträge zu zahlen, mit denen der Kapitalismus ihre Lebenslage verschlechtern will. Darum muß die Parole für die Arbeiter lauten: Nun erst recht Lohnforderungen stellen, und nun erst recht sozialistisch stimmen, damit nach dem 7. Dezember möglichst keine Unternehmerjubelle in die Parlamente ziehen.

Inzwischen hat auch „Der Arbeitsausschuß deutscher nationaler Industrieller“ seinen Wahlauftrag veröffentlicht. Er ist unterzeichnet von Rudolf Blohm, C. von Borfig, Hugenberg, Dr. Reichert und Fritz Löffler. Das sind die Führer der Schwarz-macher. Es sind die Rüstungsinteressenten von früher. Sie sind die Auslese der Inflationsgewinner. Sie sind die Verförperung der Kräfte, die Deutschland ins Verderben gestürzt haben, die seine Finanzwirtschaft bewußt zerrütet, die jeden Versuch zur Beseitigung der Inflation teils offen, teils hinterlistig bekämpft haben, weil die Inflation ihnen Reichtum und Macht in den Schoß geworfen hat. Das sind die Kräfte, die Deutschland die Mittel verweigerten, als es noch Zeit war, die schlimmste Katastrophe zu vermeiden. Diese Feinde des deutschen Volkes, die es verelendrt und ausgekauft haben — ebenso sehr wie es durch die Sieger des Weltkriegs ausgekauft

wurde, versuchen sich jetzt als die Retter Deutschlands hinzustellen. Ihre Rettungsvorschläge sind so volksfeindlich und falsch wie ihre Lügen und Reden während der Inflationszeit. Damals redeten sie vom Wohle der Nation und handelten als ihre Feinde, heute ist es nicht anders. Die Pläne der Großindustrie in diesem Wahlkampf sehen nun folgendermaßen aus:

1. Jetzt heißt es auf dem geschmälerten Lebensboden der Nation alle Kräfte anzuwenden, um den Wirkungsgrad der Arbeit zu heben, die Volksernährung zu sichern und die Folgerungen aus unserer elenden auswärtigen Lage zu ziehen.

Hebung des Wirkungsgrades der Arbeit: dazu gehört Hebung der Arbeitsfreude der Arbeiter, Achtstundentag, Aufhören der Angriffe auf die Rechte der Arbeiter, die unter der Führung der Borfig, Löffler, Blohm und Hugenberg erfolgen. Das wollen sie aber nicht, sie wollen vielmehr den Jehnstundentag. Sicherung der Volksernährung: das heißt Preisabbau, menschenwürdige Löhne — das Gegenteil von dem, was die deutschnationalen Industrieritter wollen.

2. Alle Maßnahmen zu treffen, um in Privatwirtschaft wie im Staats-betrieb zu wirtschaften, die Warenherstellung zu verbilligen und die Lebenshaltung zu verbessern.

Hinter der Forderung der „sparsamen Wirtschaft“ versteckt sich der Plan des Lohnabbaus des Beamtenabbaus, der Niedrighaltung der Gehälter von Beamten und Angestellten. Das nennen sie „Berechtigung der Warenherstellung“ — während sie gleichzeitig öffentlich für die Hochhaltung der Preise eintreten.

3. Die Zoll- und Handelspolitik nach Bismarcks Vorbild so zu regeln, daß uns der Weltmarkt mit seinen Absatzmöglichkeiten wieder weiter erschlossen und der heimische Markt mit seinen Austrägen und Beschäftigungsmöglichkeiten gesichert wird.

Das ist das Programm der Hochschutzzollpolitik zur Hochhaltung der Preise und zur Aushungerung des Volkes!

4. Die Steuer- und Eisenbahntarife so zu gestalten, daß die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Gewerbes mit der Auslandskonkurrenz wiederhergestellt wird und daß keine Auftrags- und Arbeitsmöglichkeiten verloren geht.

Die großen Konzerne wollen also keine Steuern zahlen und außerdem noch staatliche Vergünstigungen erhalten, während das Volk unter der Last der Reparationen seufzen soll.

5. Dem Uebermaß der Konkurrenz im Inlandsgeschäft und auf dem Weltmarkt mit geeigneten Vereinbarungen entgegenzuwirken, um die Beschäftigten zu mildern, Gewinnmöglichkeiten zu sichern und die soziale Fürsorge für die Arbeiterschaft zu erhalten.

Fortschreitende Konzernbildung, Preisvereinbarungen zur Hochhaltung der Preise durch künstliche Warenzurückhaltung, Bildung von Kartellen zur Auswucherung der Bevölkerung — so ist es der Wille der Großindustrie.

6. Kurz, in allem danach streben, zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer eine wahrhafte Arbeitsgemeinschaft herzustellen, die dem Arbeiter gibt, was des Arbeiters ist, und dem Unternehmer gibt, was des Unternehmers ist, nämlich beiden die Existenz zu sichern.

Dem Arbeiter: Aushungerung durch niedrige Löhne — Spar-samkeit nennt man das — durch Wucherpreise, durch Verlängerung der Arbeitszeit, durch Schutzzölle, durch übermäßige Steuern — dem Unternehmer: Zunahme von Reichtum und Macht. Arbeiter, merkt euch das. Stimmt sozialdemokratisch!

Gewerbehygiene und Unfallschutz.

Es war eine arbeitsreiche Woche für den Besucher des gewerbehygienischen Vortragskurses, den die „Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene“ in der Zeit vom 10. bis 15. November 1924 in Berlin abhielt. Nicht weniger als 16 Vorträge — urden gehalten, größtenteils mit Lichtbildern, von ersten Autoritäten. Hierzu kamen noch ein gewerbehygienisches Praktikum für Ärzte und Besichtigungen mehrerer großindustrieller Betriebe.

Als besonderes Moment sei von vornherein festgehalten, daß mehrere Vortragende, so Professor Curschmann, Gewerbe-assessor Richels und Professor R. B. Lehmann-Würzburg, lebhaft dafür eintraten, daß endlich die Berufskrankheiten als Betriebsunfälle versicherungstechnisch anerkannt werden sollten. Für Professor Curschmann gilt ein Blickschlag auf der Arbeitsstelle ohne weiteres als Betriebsunfall. Einmalige Einatmung ägender Gase kann Betriebsunfall bei Lungenschwachen sein, während sie bei andern keine Schädigung erzeugt. Dagegen ruft wiederholtes und fortgesetztes Einwirken giftiger Stoffe im Körper Anhäufung von Krankheitskeimen und damit Berufskrankheit hervor. Nicht immer ist es dem Arzt leicht, eine Krankheit als Berufs-krankheit einwandfrei festzustellen. So entsteht durch Bleiergiftung Schrumpfmere. Hier liegt also eine Berufsverkrankung vor. Die

gleiche Krankheit hat aber auch andere Ursachen, die auf die Berufsausübung nicht zurückzuführen sind. Tumorbildungen (Schwellungen) in der Blase können auf eine Tätigkeit zurückzuführen sein, die zehn und mehr Jahre zurückliegen und in denen der Arbeiter seine damalige Beschäftigung jahrelang unterbrochen hat. Hierhin gehören auch die Beispiele, die Professor Chajes und Professor Lehmann anführten. In einer Büstenfabrik erkrankte plötzlich eine große Zahl Arbeiter an Ekzemen an den Armen, eine Erscheinung, die trotz jahrelanger Beschäftigung nie vorgekommen war. Professor Chajes, der der Ursache nachging, ermittelte, daß die den Kleister liefernde Firma als neuen Versuch Formalin unter ihr Produkt gemischt hatte, um den Kleister haltbarer zu machen. Das Formalin hatte im Verein mit anderen Bestandteilen des Kleisters die Krankheit erzeugt. Auf Chajes' Eingreifen stellte der Kleisterfabrikant sein Erzeugnis wieder in alter Weise her, und die Krankheit trat nicht wieder auf. In einem anderen Falle hatte ein Arzt Chromvergiftung bei einem Selbstmörder angenommen, zumal er im Körper der Leiche diesen Stoff fand. Bei der Obduktion stellte aber Professor Lehmann fest, daß der Arbeiter einem Gallensteinleiden erlegen war, das die gelbe Farbe bei dem Patienten hervorgerufen hatte. In einem dritten Falle erkrankten mehrere Bauarbeiter bei der Handhabung mit Mörtel an Nabelschmerzen und Erbrechen. Hier nahm man zunächst an, daß der Mörtel ein das Nabel erzeugendes Gas ausströme. Untersuchungen des Mörtels und Experimente mit Tieren waren ergebnislos. Schließlich stellte sich heraus, daß ein Arbeiter Brechweinstein in den bei der Arbeit von den Erkrankten getrunkenen Schnaps gemischt hatte. Es gehören also geschulte Gewerbeärzte dazu, hier Klarheit zu schaffen.

Wohlrauh wurden Klagen eingeflochten über die Indolenz mancher Unternehmer Unfallgefahren abzustellen. So hatte ein Industrieller dem Verlangen des Gewerbeaufsichtsbeamten, die Zahnräder einer Maschine abzudecken, erst nachgegeben, nachdem seinem Hund darin der Schwanz abgestemmt worden war. Dabei liegt es durchaus im kapitalistischen Interesse des Unternehmers, seine Betriebe hygienisch und unfallverhütend so einwandfrei wie möglich zu halten. Die drei vorgenannten Redner und Sanitätsrat Dr. Frank wiesen dies i. d. U. an. Ungesunde Luft und andere Umstände erzeugen vorzeitige Ermüdung, so daß der Arbeitsertrag darunter leidet. Durch die Ermüdung wächst die Unfallgefahr, und die unhygienischen Betriebsstätten machen die Arbeiter öfters krank, so daß die Unternehmer eingearbeitete Leute auf Zeit oder dauernd verlieren. Als hygienische Musterbetriebe bezeichnete Sanitätsrat Frank die Vorhänge Werke in Berlin, wo auf weitgehendste Sauberkeit der Betriebsräume geachtet wurde und infolgedessen die Erkrankungen gering seien.

Schlimmer waren die Klagen über die Uebertretung und Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften durch die Arbeiter und Arbeiterinnen. Mehrere Redner brachten zur Sprache, mit welcher lächerlichen Ausreden namentlich von Arbeiterinnen oft das Tragen von Schutzbrillen und Schutzkleidung abgelehnt wird. Bei Akkordarbeit werden vielfach die Schutzvorrichtungen von Maschinen, Stangen usw. losgenommen, um schneller arbeiten zu können und was dergleichen Verstöße mehr sind. Dr. Trzeziak behauptete, mit Erfolg dagegen vorgegangen zu sein, daß er jeden Verstoß gegen die Unfallverhütungsvorschriften mit 1 bis 1,50 M bestrafen ließ.

Dieser und andere Redner, darunter Senatspräsident Dr. Fischer und Oberregierungs- und Gewerberat Wenzel, klagten auch die Betriebsräte an, daß sie die Gewerbeaufsichtsbeamten in ihrem Bestreben, Unfälle zu verhüten, die Fabrikhygiene anzustreben und zu verbessern, wenig oder gar nicht unterstützen. Gewerberat Wenzel besonders begrüßte die Bestimmungen des § 66 Abs. 8 des Betriebsrätegesetzes:

„Der Betriebsrat hat die Aufgabe, auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten, die Gewerbeaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen, sowie auf die Durchführung der gewerbpolitischen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken.“

Es klang eine leise Mahnung durch diese Klagen an die Gewerkschaften, die Betriebsräte im Sinne dieser Bestimmungen zu ziehen. Auch das Verlangen Gewerberat Wenzels, daß die Betriebsräte nicht alle Jahre wechseln, sondern längere Zeit amtierend sollten, um sich in vieljähriger Tätigkeit in ihren Aufgabebereich gründlich hineinzuarbeiten, verdient durchaus Beachtung. Allerdings stößt diese Anregung bei den Unternehmern auf den größten Widerstand. Sie verstehen es ausgezeichnet, die ihre Aufgabe ernst nehmenden Betriebsräte trotz aller Schutzbestimmungen des Betriebsrätegesetzes zu maßregeln und damit die anderen einzuschüchtern. Allzu oft finden auch die Betriebsräte nicht die notwendige Anerkennung und noch

weniger Unterstützung und Rückenbedeckung bei ihren Arbeitskollegen, so daß natürlich darunter die ganze Arbeiterwohlfaht im Betriebe leidet und nicht zuletzt die Unfallverhütung und der Arbeiterschutz überhaupt.

Den Fragen des Unfallschutzes und der Gewerbehygiene werden Gewerkschaften und Betriebsräte mehr nachgehen müssen. Festgestellt wurde, daß im Jahre 1921 66 Berufsgenossenschaften durchschnittlich 10 000 000 versicherte Arbeitnehmer zählten, und daß davon auf dem Schachfeld der Arbeit 9500 Tode blühten, sowie 559 Vollinvaliden gezählt wurden. Das sind also mehr als 10 000 Arbeiter, die durch Mängel der Betriebsrichtungen und Betriebsaufsicht, wie Senatspräsident Fischer sagte, dem Produktionsprozeß entzogen wurden. Tausende von Frauen und Kindern sind dadurch ihres Ernährers beraubt worden. Das Proletariat wird bei diesen noch vermehrt, denn die geringe Unterstützung, die die Unfallversicherung gewährt, reicht bei weitem nicht zum Lebensunterhalt aus. So muß die öffentliche Wohlfahrt vielfach mit eingreifen, so daß die Gemeinden dadurch stark belastet werden. In stärkerem Maße als bisher muß daher der Kampf gegen Betriebsunfälle und für Gewerbehygiene geführt und die Zahl der Unfälle und Berufserkrankungen auf das geringstmögliche Minimum herabgedrückt werden. In diesem Kampfe voranzugehen, ist der Gewerkschaften Pflicht.

In dieses Kapitel gehören natürlich auch die Fragen der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und des Arbeiterschutzes. Daß Abgeordnete im Reichstage, die für diese Fragen kein Verständnis haben, den Arbeitern nichts nützen, ist selbstverständlich. So müssen wir auch von diesem Gesichtspunkte aus die Wahlen am 7. Dezember betrachten und Sozialisten wählen, weil diese die Gewähr bieten, auch für gesetzlichen Arbeiterschutz und kurze Arbeitszeit einzutreten. G. Renner.

Die wirtschaftliche Entwicklung im 19. Jahrhundert.

111.

(Schluß.)

Als das Deutsche Reich gegründet war, trat ein vollständiger Umschwung ein. Das Wachstum der Landbevölkerung stand still, wogegen die Städte sich rapid vermehrten. Von 1870 bis 1910 wuchs die städtische Bevölkerung von 14,8 auf 38,2 Millionen. Dies war eine Steigerung von 36 auf mehr als 60 Proz. der Gesamtbevölkerung. Die Großstädte trugen den Löwenanteil davon. Im Jahre 1871 waren erst 8, 1910 dagegen schon 46 Großstädte vorhanden. 1871 machten diese noch nicht ganz 5, 1910 aber schon 21,28 Proz. der Gesamtbevölkerung aller Einwohner aus. Welch schnelle Entwicklung die Städte nahmen, besonders die Großstädte, zeigt sich in folgenden Zahlen:

Mit der Entwicklung der Technik ging die Eigenproduktion zurück. Der Bauer konnte die Produkte, die er für seinen Haushalt benötigte, billiger kaufen, als wenn er sie selbst herstellte. Die Vorteile wissenschaftlicher Betriebsführung im Verein mit der Vervollkommnung der Technik erzeugten große Verbilligung der Erzeugnisse. Der Landwirt konnte sich, da er für die Bedarfsartikel, die er im Haushalt benötigte, nicht mehr selbst zu sorgen brauchte, ausschließlich der Urproduktion widmen. In welcher Weise die Berufsagrierung vor sich gegangen ist, zeigen folgende Zahlen. Anfang des 19. Jahrhunderts waren noch rund 80 Proz. der Gesamtbevölkerung, die sich mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigten. In den 40er Jahren 60—70 Proz. Bei der Reichsgründung ungefähr 50 Proz., 1882 noch 42,5 Proz., 1895 35,8 Proz., 1902 28,6 Proz. Wir sehen also ein dauerndes Zurückweichen der landwirtschaftlichen Bevölkerung zugunsten der Industriellen. Die Ursache dieses Zurückweichens beruht, wie schon erwähnt, darauf, daß die früher im eigenen Haushalt hergestellten Bedarfsartikel als selbständige Gewerbearbeit auftraten.

Nehmen wir noch die Erzeugung der Holzstoffe durch die Steinbohle, des Holzes durch das Eisen beim Bau von Häusern, Schiffen und Brücken, die Erzeugung der tierischen und der Wasserkräfte durch die Dampfmaschine, dann haben wir die hauptsächlichsten Ursachen der Industrialisierung des deutschen Wirtschaftslebens. Diesem Umbau der Betriebsfaktoren von unstablen zu stabileren ist auch die Vermehrung der gewerblichen Bevölkerung auf Kosten der landwirtschaftlichen zuzuschreiben.

Die Gestaltung des Handels mit dem Ausland hat zu Anfang des 19. Jahrhunderts nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Die Güterproduktion Deutschlands war noch nicht so groß, daß sie auf dem Weltmarkt eine Rolle spielen konnte. Waren es doch hauptsächlich landwirtschaftliche Produkte, wie Getreide, Holz, Schafwolle, die damals exportiert wurden, obwohl diese Produkte

nicht im Ueberfluß vorhanden waren. Als Ersatz für diese Bodenprodukte wurden nun Kolonialwaren eingeführt. Bei Betrachtung der Gesamtlage finden wir, daß Deutschland mehr Produkte eingeführt als ausgeführt hat. Die Bezahlung dieses mehr eingeführten geschah nun mit Produkten deutschen Gewerbestandes.

Nach der Errichtung des Deutschen Reiches legte die Exportindustrie stärker ein. Das Schwerkriegsgewicht neigte sich auf die Seite der Industrie. Wurden 1877 erst etwa 37 Proz. der Gesamtausfuhr von den Fabriken bestritten, so waren es im Jahre 1907 bis 1910 schon 67 Proz. Lebensmittel mußten bedeutend mehr eingeführt werden als ausgeführt werden konnten.

Mit der Entwicklung des deutschen Außenhandels wuchs auch das deutsche Handelskapital. Deutschland war um die Mitte des Jahrhunderts ein kapitalarmes Land. Das Kapital, welches es für den Bau seiner Eisenbahnen und Wege, Wasser- und Gaswerke brauchte, mußte es sich von seinen Nachbarn leihen. Die Zinsen, die dafür bezahlt wurden, flossen in Gestalt von Waren nach dem Auslande hin. So sahien die deutsche Handelsbilanz aktiv. Nach dem deutsch-französischen Krieg wurde das anders. Die deutsche Handelsbilanz wurde jetzt passiv. Dabei wirkte aber der Umstand mit, daß Deutschland aus einem Schuldnerstaat ein Gläubigerstaat geworden war. Nun zog Deutschland aus dem Auslande Zinsen, in Gestalt von Waren, und diese mußten seine Handelsbilanz ungünstiger beeinflussen.

Die Umbildung Deutschlands vom Industrie- zum Handelsstaat hat seine verschiedenen Ursachen gehabt. Sie sind vor 1870 andere gewesen, als sie nach 1870 waren. Während vor 1870 die Neubildung des Exportkapitalismus mehr auf innerdeutschem Gebiet liegt, liegt sie nach dem Kriege auf außerdeutschem Gebiet. Dort, wo die höchsten Profite, die die höchsten Verdienste winkten, laufen Menschen und Kapitalien hin. Industrie und Landwirtschaft waren in diesem Punkte bis 1870 noch wesentlich gleich, daher ihre Entwicklung und Norm ziemlich gleichmäßig. So ist vor allem die Ursache der wirtschaftlichen Entwicklung in der Rentabilitätsverschiebung zwischen Landwirtschaft und Industrie zu suchen.

Durch die in den 70er Jahren drohende schwere Krise der Landwirtschaft, hervorgerufen durch die überseelische Konkurrenz, kam die gleichartige Bewegung von Landwirtschaft und Industrie zum Stillstand. Die Landwirtschaft konnte die Bevölkerungsvermehrung nicht mehr aufnehmen. Wo sollte die Vermehrung aber hin? Nur zwei Wege gab es! Entweder Auswandern oder Uebergehen in die Industrie. Die Auswanderer sind aber ein Stück verlorenen Nationalreichtums. Es mußte versucht werden, den Bevölkerungsüberschuß im Lande zu behalten. Das einzige war, diese Ueberflußbevölkerung mit der Herstellung von Fabrikaten zu beschäftigen, die für fremde Völker bestimmt waren. Diese lieferten nun dafür Rohstoffe und Nahrungsmittel. Auf diese Weise wurde Deutschland in den Stand gesetzt, seine große Bevölkerung ernähren zu können. Der heimatische Boden konnte trotz intensiver Bearbeitung nicht so viel Lebensmittel liefern, wie notwendig waren, um diese Bevölkerung ernähren zu können. Das wichtigste Ereignis in der deutschen Volkswirtschaft ist zweifelsohne das stärkere Hervortreten der Exportindustrie und des Exportkapitalismus.

Die Entwicklung in der dritten Periode können wir als eine Fortsetzung der zweiten betrachten. Alle in der dritten Periode zu hoher Blüte gelangten Erwerbszweige haben in der zweiten ihren Anfang genommen. In der dritten Periode treten uns als wesentliche Neuerscheinungen zwei Faktoren entgegen, die staatlichen und kommunalen Betriebe (Verkehrswesen, Gas- und Wasserwerke und Elektrizitätswerke), sowie die überall sich bemerkbar machenden Organisationsbestrebungen. In dem Vorwärtsdrängen der Entwicklung, in dem immer mehr hervortretenden Streben nach Profit, hatte man übersehen, daß die Entwicklung sich einmal festlaufen mußte. Auf die Dauer ist eine gleichartige Entwicklung nicht möglich. Ist eine gewisse Reife der Industrie erreicht, stagniert sie, zeigt sie keinen Fortschritt mehr, wenn sie nicht dazu übergeht, neue Formen der Entwicklung zu suchen. Als neue Formen der Entwicklung sind daher die Organisationen zu werten, gleich um welche Organisation es sich handelt. Sie bilden eine höhere Form der Entwicklung, gleich aus welchen Ursachen die Organisationsbestrebungen hervorgerufen werden. Sie können als der ruhende Pol in der Erscheinungen Klucht betrachtet werden.

Mit der Gewerbfreiheit hatte der Individualismus seinen Einzug gehalten. Das Individuum galt als das Höchste. Die Gemeinschaft, das Wohl aller wurde in den Hintergrund gedrängt. Das Streben nach Profit war oberstes Gebot. Auf die Dauer konnte das Profitstreben nicht mehr vorwärtskommen. Die Konkurrenz wurde zu groß, und auf die Dauer konnte dieser Kampf nicht

weitergeführt werden, wollte das Unternehmertum als Klasse nicht zugrunde gehen. Nun vereinigten sich. Die Kartelle, Syndikate, Truste traten ins Leben. Zunächst wurde durch diesen Zusammenschluß die Konkurrenz ausgeschaltet. Zum anderen fanden keine Preisunterbietungen mehr statt. Aber nicht nach dem am besten und billigsten arbeitenden Betriebe wurden die Preise festgesetzt, sondern nach dem teuersten richteten sich die andern.

Eine ungeheure Verelendung der breiten Massen der Lohnarbeiter war die Folge der Entwicklung zur Großindustrie. Immer tiefer sanken die Arbeitermassen herab. Erst als das Proletariat sich seiner Lage bewußt wurde, erst als es sah, daß es als Klasse zusammengehörte, drängte es auf bessere Ausgestaltung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es schloß sich in politischen und wirtschaftlichen Organisationen zusammen, um ein Gegengewicht gegen die Verelendung zu bilden. Mit Hilfe seiner Organisationen will das Proletariat seine Lage verbessern, will es Anteil haben an dem Ertrag seiner Arbeit. Wie nun die Arbeitnehmer sich organisierten, so auch die Arbeitgeber. Auch sie spürten, daß sie einzeln nicht in der Lage waren, den Forderungen der Arbeiterklasse Widerstand zu leisten sowie auf die Gesetzgebung einen wesentlichen Einfluß auszuüben.

So unterscheiden wir nun drei Formen der Organisation. Die Organisation des Geldes oder auch der Betriebe, der Kartelle, Syndikate und Truste, der Arbeitgeber und die der Arbeitnehmer. So wesensverschieden die Organisationen auch sind, so verschieden der Zweck und die Ziele sind, so beruhen doch alle auf dem Prinzip der Aufhebung des Individualismus. Gleich wie ein kranker Körper in sich das Gegengift erzeugt, um den Organismus gesund und lebensfähig zu halten, so auch der Wirtschaftskörper. Ob natürliche oder gesellschaftliche Organismen, beide tragen in sich den Trieb der Selbsthaltung und des Fortschritts.

Betrachten wir zum Schluß noch einmal die Entwicklung dieser Perioden, dann sehen wir, daß jede Periode uns etwas Neues gebracht hat. Nach dem Zusammenbruch Deutschlands mit seiner mittelalterlichen Wirtschaftsweise würde eine neue Wirtschaft aus der Taufe gehoben. Ueber die Bauernbefreiung durch die Landesulturgehgebung und die teilweise Einführung der Gewerbefreiheit führte die erste Periode eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ein. Aber das Kind, die deutsche Wirtschaft, wuchs, es wurde ein kräftiger Jüngling, der durch die zweite Periode mit seiner sozialpolitischen Einigung, seiner Umgestaltung des Verkehrswesens und dem Vordringen der kapitalistischen Wirtschaftsweise eine moderne Wirtschaftsstruktur erhielt und in die dritte Periode überging. Diese zeigt uns endlich die Wirtschaft in ihrer vollen Blüte.

Daß damit noch kein Abschluß erfolgt ist, haben uns die wissenschaftlichen Begründer des Sozialismus gelehrt. Die kapitalistische Wirtschaftsweise von heute mit ihrer Anarchie und dem Elend des Proletariats wird einst abgelöst werden von der sozialistischen, mit höchster Glückseligkeit für die Menschen. Diesen Zustand möglichst bald zu erreichen, ist Aufgabe des Proletariats, das sich den Sozialismus im Klassenkampfe erobern muß.

Reichsloe-Röhm.

• Aus den Stadtparlamenten •

Magdeburg. In der Stadtverordnetenversammlung vom 13. November 1924 wurde unter anderem der mitteldeutsche Gemeindegewerkschaftstreik behandelt. Kollege Wachtendorf setzte auseinander, daß der Kampf nicht gegen den Magistrat, sondern gegen den Arbeitgeberverband geführt werden mußte. Der Streik ist von den Arbeitern so geführt worden, daß die Interessen der Stadt nicht gefährdet wurden. Folgender Antrag der sozialdemokratischen Fraktion fand Annahme:

„In der Erwägung, daß erneute Konflikte mit den städtischen Arbeitern vermieden werden müssen, ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, bei dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden dahin zu wirken, daß die bei Abschluß des Streiks getroffenen Vereinbarungen loyal durchgeführt werden. Es ist einschneidender Einspruch dagegen einzulegen, daß der Arbeitgeberverband durch Umgruppierung in niedere Lohngruppen für einen großen Teil der Arbeitnehmer die Lohnzulage umgeht und neuen Konfliktstoff schafft. Sollte der Arbeitgeberverband durch seine Politik den Frieden zwischen der Stadt und ihren Arbeitern gefährden, so wird der Magistrat ersucht, im Interesse des Wohles der Gemeinde aus dem Verbands auszuscheiden.“

Es genügt, daß die Leute um Feuerherdt damit ein Warnungssignal bekommen haben, wohin die Reise führen würde, wenn sie sich allzu scharf auf den Standpunkt des Arbeitgeberverbandes stellen. Aber auch dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes Deutscher Gemeinden sollte es eine Mahnung sein, daß allzu scharf scharf macht.

Beamte, Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter

In nachstehenden Tabellen veröffentlichen wir die neuen Löhne der Reichs- und preussischen Staatsarbeiter. Diese sind im Reichsbefolungsblatt Nr. 59 bzw. im preussischen Befolungsblatt Nr. 81 veröffentlicht. Sie gelten durchweg ab 16. November 1924. Die Löhne der Wasserbauarbeiter werden wir in der nächsten Nummer der „Gewerkschaft“ bekanntgeben.

**Verwaltungsarbeiter (Wochenlöhne).
Ortsklasse A.**

| Som vollenden Lebensjahre | Männliche Kräfte | | | Weibliche Kräfte | |
|---------------------------------|------------------|-------------|-------------|------------------|-------|
| | Lohngruppe | | | Lohngruppe | |
| | I | II | III | I | II |
| | Handwerker | Ungeriernte | Ungeriernte | Ungeriernte | II |
| Lohngebiet 1. | | | | | |
| 16 | — | 10,80 | 9,72 | 9,18 | 7,02 |
| 17 | 17,28 | 13,50 | 12,42 | 11,84 | 9,18 |
| 18 | 21,60 | 17,82 | 16,74 | 14,58 | 12,42 |
| 19 | 22,68 | 18,90 | 17,82 | 15,66 | 13,50 |
| 20 | 23,76 | 19,98 | 18,90 | 16,20 | 14,04 |
| 21 | 24,84 | 21,06 | 19,93 | 16,74 | 14,58 |
| 22 | 24,84 | 21,06 | 19,93 | 17,28 | 15,12 |
| 23 | 25,39 | 21,60 | 20,52 | 17,28 | 15,12 |
| 24 | 25,92 | 22,14 | 21,06 | 17,82 | 15,66 |
| Lohngebiet 2. | | | | | |
| 16 | — | 11,88 | 10,26 | 9,72 | 7,56 |
| 17 | 21,60 | 15,12 | 13,50 | 12,42 | 10,26 |
| 18 | 26,46 | 19,98 | 18,36 | 16,20 | 14,04 |
| 19 | 27,54 | 21,06 | 19,44 | 16,74 | 14,58 |
| 20 | 28,62 | 22,14 | 20,52 | 17,82 | 15,66 |
| 21 | 29,16 | 22,68 | 21,06 | 18,36 | 16,20 |
| 22 | 29,70 | 23,22 | 21,60 | 18,90 | 16,74 |
| 23 | 30,24 | 23,76 | 22,14 | 18,90 | 16,74 |
| 24 | 30,78 | 24,30 | 22,68 | 19,44 | 17,28 |
| Lohngebiet 3. | | | | | |
| 16 | — | 12,42 | 10,80 | 10,26 | 8,10 |
| 17 | 23,22 | 16,20 | 14,58 | 12,96 | 10,80 |
| 18 | 28,08 | 21,06 | 19,44 | 16,74 | 14,58 |
| 19 | 29,16 | 22,14 | 20,52 | 17,82 | 15,66 |
| 20 | 30,78 | 23,76 | 22,14 | 18,90 | 16,74 |
| 21 | 31,82 | 24,30 | 22,68 | 19,44 | 17,28 |
| 22 | 31,86 | 24,84 | 23,22 | 19,98 | 17,82 |
| 23 | 32,40 | 25,38 | 23,76 | 19,98 | 17,82 |
| 24 | 32,94 | 25,92 | 24,30 | 20,52 | 18,36 |

**Betriebsarbeiter (Stundenlöhne).
Ortsklasse A.**

| Som vollenden Lebensjahre | Männliche Kräfte | | | | | | | Weibl. Kräfte | | |
|---------------------------------|------------------|----|-----|----|----|----|-----|---------------|----|-----|
| | Lohngruppe | | | | | | | Lohngruppe | | |
| | I | II | III | IV | V | VI | VII | I | II | III |
| Lohngebiet 1. | | | | | | | | | | |
| 16 | — | — | — | — | 21 | 19 | 18 | 19 | 14 | 13 |
| 17 | — | — | 32 | 28 | 26 | 24 | 23 | 23 | 18 | 17 |
| 18 | 52 | 46 | 40 | 36 | 34 | 32 | 31 | 29 | 24 | 23 |
| 19 | 54 | 48 | 42 | 38 | 36 | 34 | 33 | 31 | 26 | 25 |
| 20 | 56 | 50 | 44 | 40 | 38 | 36 | 35 | 32 | 27 | 26 |
| 21 | 58 | 52 | 46 | 42 | 40 | 38 | 37 | 33 | 28 | 27 |
| 22 | 58 | 52 | 46 | 42 | 40 | 38 | 37 | 34 | 29 | 28 |
| 23 | 59 | 53 | 47 | 43 | 41 | 39 | 38 | 34 | 29 | 28 |
| 24 | 60 | 54 | 48 | 44 | 42 | 40 | 39 | 35 | 30 | 29 |
| Lohngebiet 2. | | | | | | | | | | |
| 16 | — | — | — | — | 23 | 21 | 19 | 20 | 15 | 14 |
| 17 | — | — | — | — | 32 | 29 | 27 | 25 | 20 | 19 |
| 18 | 59 | 53 | 49 | 41 | 38 | 36 | 34 | 32 | 27 | 26 |
| 19 | 61 | 55 | 51 | 43 | 40 | 38 | 36 | 33 | 28 | 27 |
| 20 | 63 | 57 | 53 | 45 | 42 | 40 | 38 | 35 | 30 | 29 |
| 21 | 64 | 58 | 54 | 46 | 43 | 41 | 39 | 36 | 31 | 30 |
| 22 | 65 | 59 | 55 | 47 | 44 | 42 | 40 | 37 | 32 | 31 |
| 23 | 66 | 60 | 56 | 48 | 45 | 43 | 41 | 37 | 32 | 31 |
| 24 | 67 | 61 | 57 | 49 | 46 | 44 | 42 | 39 | 33 | 32 |
| Lohngebiet 3. | | | | | | | | | | |
| 16 | — | — | — | — | 24 | 22 | 20 | 21 | 16 | 15 |
| 17 | — | — | — | — | 34 | 31 | 29 | 27 | 21 | 20 |
| 18 | 64 | 58 | 52 | 43 | 40 | 38 | 36 | 33 | 28 | 27 |
| 19 | 66 | 60 | 54 | 45 | 42 | 40 | 38 | 35 | 30 | 29 |
| 20 | 69 | 63 | 57 | 48 | 45 | 43 | 41 | 37 | 32 | 31 |
| 21 | 70 | 64 | 58 | 49 | 46 | 44 | 42 | 38 | 33 | 32 |
| 22 | 71 | 65 | 59 | 50 | 47 | 45 | 43 | 39 | 34 | 33 |
| 23 | 72 | 66 | 60 | 51 | 48 | 46 | 44 | 39 | 34 | 33 |
| 24 | 73 | 67 | 61 | 52 | 49 | 47 | 45 | 40 | 35 | 34 |

**Löhne der preussischen Verwaltungsarbeiter:
Ortsklasse A.**

| Som vollenden Lebensjahre | Männliche Kräfte | | | Weibliche Kräfte | | |
|---------------------------------|------------------|-------------|-------------|------------------|-------------|-------------|
| | Lohngruppe | | | Lohngruppe | | |
| | I | II | III | I | II | III |
| | Handwerker | Ungeriernte | Ungeriernte | Ungeriernte | Ungeriernte | Ungeriernte |
| Lohngebiet 1. | | | | | | |
| 16 | — | 9,60 | 8,64 | — | — | 6,24 |
| 17 | 15,86 | 12,— | 11,04 | — | 10,08 | 8,16 |
| 18 | 19,20 | 15,84 | 14,48 | — | 12,96 | 11,04 |
| 19 | 20,16 | 16,80 | 15,84 | — | 13,92 | 12,— |
| 20 | 21,12 | 17,76 | 16,80 | — | 14,40 | 12,48 |
| 21 | 22,08 | 18,72 | 17,76 | 16,56 | 14,88 | 12,96 |
| 22 | 22,08 | 18,72 | 17,76 | 16,56 | 15,36 | 13,44 |
| 23 | 22,56 | 19,20 | 18,24 | 16,80 | 15,84 | 13,44 |
| 24 | 23,04 | 19,68 | 18,72 | 17,28 | 15,84 | 13,92 |
| Lohngebiet 2. | | | | | | |
| 16 | — | 10,56 | 9,12 | — | — | 6,72 |
| 17 | 19,20 | 13,44 | 12,— | — | 11,04 | 9,12 |
| 18 | 23,52 | 17,76 | 16,32 | — | 14,40 | 12,48 |
| 19 | 24,48 | 18,72 | 17,28 | — | 14,88 | 12,96 |
| 20 | 25,44 | 19,68 | 18,24 | — | 15,84 | 13,92 |
| 21 | 25,92 | 20,16 | 18,72 | 19,44 | 16,32 | 14,40 |
| 22 | 26,40 | 20,64 | 19,20 | 19,68 | 16,80 | 14,88 |
| 23 | 26,88 | 21,12 | 19,68 | 20,16 | 16,80 | 14,88 |
| 24 | 27,36 | 21,60 | 20,16 | 20,64 | 17,28 | 15,36 |
| Lohngebiet 3. | | | | | | |
| 16 | — | 11,04 | 9,60 | — | — | 7,20 |
| 17 | 20,64 | 14,40 | 12,96 | — | 11,52 | 9,60 |
| 18 | 24,96 | 18,72 | 17,28 | — | 14,88 | 12,96 |
| 19 | 25,92 | 19,68 | 18,24 | — | 15,84 | 13,92 |
| 20 | 27,36 | 21,12 | 19,68 | — | 16,80 | 14,88 |
| 21 | 27,84 | 21,60 | 20,16 | 20,88 | 17,28 | 15,84 |
| 22 | 28,32 | 22,08 | 20,64 | 21,12 | 17,76 | 15,84 |
| 23 | 28,80 | 22,56 | 21,12 | 21,60 | 17,76 | 15,84 |
| 24 | 29,28 | 23,04 | 21,60 | 22,08 | 18,24 | 16,32 |

Diese Sätze stufen sich nach den einzelnen Ortsklassen um je 1 Pf. pro Stunde bei den Reichsbetriebsarbeitern bzw. um je 54 Pf. pro Woche bei den Reichsverwaltungsarbeitern und um je 48 Pf. pro Woche bei den preussischen Verwaltungsarbeitern ab. Die Frauen- und Kinderzulage sowie die Dienstalterszulage für Preußen bleibt in der alten Form bestehen. Gehälter erhalten in Ortsklasse A pro Stunde: Lohngebiet I: im ersten Jahre 12 Pf., im 2. Jahre 14 Pf., im dritten Jahre 17 Pf., im vierten Jahre 21 Pf. Lohngebiet II: im ersten Jahre 14 Pf., im zweiten Jahre 16 Pf., im dritten Jahre 19 Pf., im vierten Jahre 23 Pf. Lohngebiet III: im ersten Jahre 16 Pf., im zweiten Jahre 18 Pf., im dritten Jahre 21 Pf., im vierten Jahre 25 Pf.

Aus unserer Bewegung

Die Landeskonferenz für das Mitteldeutsche Tarifgebiet am 2. November 1924 in Dessau eröffnete Kollege Wachtendorf mit folgender Tagesordnung: 1. Das Arbeitsrecht in seiner heutigen Form. Referent: Arbeitersekretär Wünschmann-Wagdeburg. — 2. Der neue Reichsmanteltarif und seine Auswirkung. Referent: Kollege B. Schulz-Berlin. — 3. Bericht der Lohnkommission. Referent: Kollege Wachtendorf. — 4. Verschiedenes. — Genosse Wünschmann wies nach, daß durch die Zerrissenheit der Arbeiterschaft die wenigen Rechte, die nach der Kriegszeit errungen waren, zum Teil wieder verloren gingen. Wenn auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes Besseres errungen werden soll, so ist es unbedingt notwendig, innerhalb der Arbeiterbewegung einig und geschlossen zu sein, um durch Aufklärung auf die Besetzung einzuwirken. — Die Mandatsprüfungskommission stellte fest, daß von 92 Sitzen 50 durch Delegierte vertreten waren. Es nahmen noch außerdem teil 5 Gauleiter, 3 Ortsbeamte, 1 Vertreter des ADGB — Kollege Schulz vom Verbandsvorstand betonte in seinem Referat, daß der bis zum Juli 1924 gezeichnete Tarif vom Arbeitgeberverband gefündigt wurde, um in rund 80 Anträgen wesentliche Verschlechterungen vorzunehmen. Neben einem fast vollständigen Abbau der sozialen Einrichtungen wollte man auch die Gewerkschaften bei Abschluß wichtiger Arbeitsbedingungen ausschalten. Dies konnte nur durch das geschlossene Verhalten der Mitglieder abgewehrt werden. Der gegenwärtige Reichsmanteltarifvertrag ist durch die ausgesprochene Verbindlichkeit Zwangsrecht geworden für 200.000 Gemeindefabrikarbeiter. Festgestellt wurde noch, daß 71 Proz. der Gemeindefabrikarbeiter den Achtstundentag bis heute aufrechterhalten. — Kollege Wachtendorf kritisierte das Verhalten des Arbeitgeberverbandes bei den Lohnverhandlungen. Er behandelte dann den neunmährigen Streik der letzten Wochen. Mit besonderer Einmütigkeit sind die Kollegen in den Streik gegangen, um für ihre berechtigten Forderungen zu kämpfen. Ein einzig dastehendes Verhalten zeigten die Kollegen während der ganzen Dauer des Kampfes. Sie bewiesen damit, daß

auch die Gemeindegewerkschaften zu kämpfen vermögen. So geschlossen, wie der Kampf aufgenommen wurde, wurde er auch wieder abgebrochen, nachdem es zu einem für uns tragbaren Abschluß gekommen war. — Der Arbeitgeberverband wird aus diesem Kampfe gelernt haben, daß er sich in Zukunft bei Lohnverhandlungen anders einstellt. Für uns aber besteht die Aufgabe, an den etwa gemachten Fehlern zu lernen und künftig durch das Zusammenschließen aller Gemeindegewerkschaften eine Front zu bilden, an der alle Schädigungen abprallen werden. Aus der Diskussion sei herausgegriffen: Stierwald-Erfurt will, daß Sitzungsnotizen nur von der Gewerkschaft herausgegeben werden sollen. Er betrachtet es als großen Fehler, wenn einzelne Städte durch örtliche Verhandlungen und Abschluß die Arbeit wieder aufnehmen. Mann-Burg gibt bekannt, daß dort 40 Mt. Feuerungszulage gezahlt und unsere Forderung bewilligt wurde. Die Arbeit ist dann wieder aufgenommen worden. Schmidt-Verchow berichtet über die Opferfreudigkeit seiner Kollegen, die eine ansehnliche Summe aufgebracht haben. Bernicke vom AOB, in Halle sprach als Kollege. Er ging auf die Zersplitterung der Kollegen in Halle ein und wünschte, daß dies in Zukunft besser werde. Im Schlußwort stellte Wachtendorf fest, die Aussprache habe ergeben, daß in allen Fragen Einmütigkeit herrsche. Auch die Kollegen in Halle haben ihre Pflicht getan. — Die alte Lohnkommission wurde bis auf den Kollegen Taub-Halle einstimmig wiedergewählt.

Breslau. In der von ungefähr 1200 Mitgliedern besuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung am 18. November 1924 wurde Stellung genommen zur Aukündigung des bestehenden Lohnabkommens welches sich an die Löhne der Eisenbahner anschließt. Nach den Ausführungen des Kollegen Brand, welcher die Lage der Eisenbahner, die Zusammenlegung der Reichsbahngesellschaft und das dadurch bestehende Arbeitsverhältnis beleuchtete, fand eine eingehende Diskussion statt. Ortsverwaltung, Tariffkommission und Vertrauensmännerführung hatten sich bereits mit dieser Frage beschäftigt und einstimmig beschlossen, die Kündigung des Lohnabkommens der Mitgliederversammlung zu empfehlen. In der lebhaften Aussprache wurde von allen Rednern die Kündigung des Lohnabkommens empfohlen und gleichzeitig auf neue Forderungen hingewiesen. Diese sollen jedoch dem Magistrat erst in späterer Zeit zugestellt werden, nachdem die Tariffkommission sich noch einmal damit beschäftigt hat. Der Beschluß der Vertrauensmännerführung wurde einstimmig gutgeheißen.

Falkenfe. In den im Laufe des November gepflogenen Verhandlungen sind folgende Lohnsätze bewilligt worden: Handwerker 68 Pf. pro Stunde, Feuerleute und Angelernte 65 Pf. pro Stunde, Hofarbeiter 60 Pf. pro Stunde. Hierzu die Sozialzulage wie bisher für Frau und Kind je 3 Pf. pro Stunde.

Kassel. Wir teilen Ihnen mit, daß die Stadt Kassel mit Wirkung ab 1. Oktober 1924 dem Hessisch-Nassauischen Wirtschaftsverband in Warburg beigetreten ist und nunmehr der vorgenannte Verband die Erledigung aller Lohn- und Tariffragen in unserem Auftrage vornimmt, so war der Inhalt eines Schreibens, das wir als Antwort auf eine unter dem 22. Oktober an die Stadt Kassel gerichtete Lohnforderung erhielten, nachdem eine Verhandlung, die zum 3. November anberaumt war, kurzerhand abgelehrt wurde. Verhandlungen am 6. November mit der kleinen Lohnkommission des Wirtschaftsverbandes, in der als Vertreter der Stadt Kassel nur Beigeordneter Henkel und als Berater Dr. Richard anwesend waren, verliefen nach stundenlangem Verhandlungsergebnislos. Bezeichnend war allerdings für diese Verhandlung, daß der Syndikus Dr. Kralper wohl Lohnverhältnisse mit ganz Deutschland zog, soweit die Löhne niedriger waren, nur nicht mit seinem eigenen Wirtschaftsgebiet Hessen-Nassau, weil da die Löhne höher waren. Ein zahlenmäßiger Vorschlag kam trotz Anerkennung der Notwendigkeit einer Lohnerhöhung seitens der Arbeitgeber nicht. Die Verhandlung vom 12. November hatte wohl lange Dauer von morgens 11 bis abends 7 Uhr, aber ein Angebot der Arbeitgeber kam wiederum nicht zustande, obwohl die Notwendigkeit einer Lohnaufbesserung anerkannt wurde. Alle Hinweise auf die ungeheure Notlage der städtischen Arbeiter, alle Appells an das christliche Gefühl, alle Nachweisungen an Hand der Friedenslöhne in Berücksichtigung der tatsächlichen Leistung, brachten nichts anderes als beläusterte Gegenüberklärungen. Die Verhandlung vom 12. November scheiterte, und es wurde eine Einigung für die weitere Behandlung der Angelegenheit darauf erzielt, daß eine vereinbarte Schiedsstelle einen endgültigen Schiedsspruch fällen sollte. Das geschah nach stundenlangem Verhandlung nunmehr am 21. November. Die Arbeitgeber brachten es fertig, trotz der in den zwei vorausgegangenen Verhandlungen mehrfach abgegebenen Erklärungen, daß ihrerseits die Notwendigkeit einer Lohnaufbesserung anerkannt würde, den Antrag auf Ablehnung jeder Lohnerhöhung zu stellen. Der Schiedsspruch erbrachte bei einer Festlegung bis zum 31. Dezember 1924 eine Lohnerhöhung um 4 Pf. für männliche und 3 Pf. für weibliche Arbeiter, so daß mit Wirkung ab 29. Oktober 1924 nunmehr als Spitzenlöhne gelten: 64 Pf. für Handwerker, 57 Pf. für angelernte Arbeiter und 53 Pf. für ungelernete Arbeiter sowie 37 Pf. für Arbeiterinnen, sämtlich bei einem Alter über 24 Jahren. Sozialzulage 3 Pf. pro Stunde. Auf Grund der getroffenen Vereinbarung haben diese Löhne nunmehr Geltung bis zum 31. Dezember 1924. Unsere Kündigung wird recht-

zeitig einlaufen. Rechtzeitig einlaufen werden auch unsere neuen Forderungen. Eine Festsetzung kann nicht unterlassen werden: Derjenige, der mit offenen Augen den Verhandlungen beiwohnte, kann nur seinem Bedauern Ausdruck geben, daß der kommende 7. Dezember uns nicht die Gelegenheit gibt auch die Gemeinderäte neuzuwählen und die Vertreter der Partei Rompe hab und Haß auf den Aussterbecat zu legen. Ist es doch kennzeichnend für derartige Parteien, daß wir in der Verhandlung vom 6. November gegenwärtig waren, gegen Herrn Beigeordneten Henkel als Verhandlungsmittler zu protestieren, da wir den Nachweis erbrachten, daß im Privatbetrieb des Herrn Henkel die Mitgliedsbücher der freien Gewerkschaften gegen christliche umgetauscht worden sind und nicht nur von der Prokuristin des Herrn Henkel verwaltet werden, sondern auch die Beitragskassierung durch diese derart vorgenommen wird. Daß ferner die Beiträge vom Lohn einbehalten und die Festbeträge durch die Prokuristin geleistet werden. Wir können uns auf Grund dieser Tatsachen nicht wehren gegen den Verdacht, daß Herr Henkel von diesen Dingen nicht nur weiß, sondern auch den Prokuristen christlicher Gewerkschaften in städtischen Betrieben spielen möchte, da gerade in dieser Zeit, nachdem in den städtischen Betrieben Kassen noch nie ein Christ sich bilden ließ, Vertreter christlicher Organisationen ihre Agitation aufnehmen. Noch eins muß gesagt werden: Zum 1. Januar 1925 wird unser örtlicher Tarifvertrag nach den Wünschen des Vertreters des Arbeitgeberverbandes gekündigt werden. Diese Kündigung wird für einen Teil der städtischen Kollegen tarifrechtliche Folgen haben. Von den städtischen Arbeitern sind rund 1/10 noch im Verband der Maschinisten und Heizer und im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert. Diese beiden Verbände werden, wenn der neue Vertrag auf der Grundlage des A.M. und des B.M. Hessen-Nassau abgeschlossen wird, keine Tarifkontrahenten sein. Wollen die Kollegen auch fernerhin rechtliche Ansprüche an den Tarifvertrag haben, so wird ihnen der Zeitpunkt des Übertritts zu unserer Organisation nahezuigen sein. Erstreckterweise macht sich bereits jetzt in den Kreisen dieser Kollegen mehr und mehr die Erkenntnis dieser Notwendigkeit fassbar.

Einig am Rhein. Die Stadt gehörte bisher dem Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Gemeinden an. Nach dem Tarif war sie verpflichtet, die Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung einzuführen. Dagegen hat sich aber der Bürgermeister, ebenso der Baumeister mit aller Entschiedenheit gewehrt, und um der Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung aus dem Wege zu gehen, hat sich nunmehr die Stadt dem Arbeitgeberverband der G.B.E.B. angeschlossen. Wenn die Stadtgewaltigen glauben, damit sei die Sache erledigt, dann haben sie sich geirrt. Die Arbeiterschaft wird nach wie vor auf der Forderung bestehen bleiben, daß die Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung genau so wie in anderen Städten eingeführt wird. Die soziale Gerechtigkeit zeigt sich im vollen Umfange darin, daß man sich auf dem Gaswerk sogar sträubt, angemessene Löhne zu zahlen. Obwohl die Arbeiter zum Teil bereits längere Jahre beschäftigt sind, zahlt man nur den Anfangslohn. Ja man hat sich sogar bei dem Arbeitgeberverband erkundigt, ob sie den Höchstlohn zahlen müßten. Von dort hat man nun wohl die Antwort bekommen, daß man den Höchstlohn nicht grundsätzlich zahlen müsse, sondern das Dienstalter und die Leistungen in Betracht zu ziehen seien. Nachdem nun aber die Arbeiter des Bauamts zum Teil über 20 Jahre beschäftigt sind und den Höchstlohn erhalten, bequeme sich endlich auch die Gasanstalt, die Löhne zu zahlen. Die Kollegen in Einig werden sich darüber klar sein müssen, daß diese Machenschaften der Stadtverwaltung in der Hauptsache mit darauf zurückzuführen sind, weil nie Einigkeit untereinander besteht. Das Zusammengehörigkeitsgefühl muß besser gepflegt werden, damit sich die Arbeiter in den städtischen Betrieben in allen Fragen der Stadtverwaltung gegenüber einig sind. Sie werden dann auch in der Lage sein, sich besser durchzusetzen.

Magen. Die in unserem Bezirk befindliche Basaltindustrie liegt vollständig danieder. Die Arbeitslosen zählen in unserer kleinen Stadt noch nach Tausenden. Wurden doch in dieser Industrie in normalen Zeiten 80—90 Proz. aller Arbeiter beschäftigt. Diese mißliche Lage der Arbeiterschaft wird von den Arbeitgebern in einer geradezu rigorosen Weise ausgenutzt. Die wenigen Beschäftigten haben dadurch auch Löhne bezogen, die als die niedrigsten im ganzen Rheinland bezeichnet werden müssen. Erst neuerdings haben die ungelerneten Arbeiter durch Schiedsspruch einen Lohn von 44 Pf. pro Stunde erhalten. Die städtischen Arbeiter haben unter diesen Verhältnissen ebenfalls außerordentlich zu leiden. Durch die Vermittlung des Vorsitzenden des städtischen Schlichtungsausschusses wurde am 20. August 1924 eine Vereinbarung getroffen, wonach der abgeschlossene Tarifvertrag vom 1. März 1921 für die städtischen Arbeiter weiter gilt. Damit sind alle sozialen Einrichtungen erhalten. Hinsichtlich der Lohnzahlung wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach die Löhne der Ortsklasse II des mit dem Arbeitgeberverband der Gemeinden vereinbarten Lohns zu zahlen sind. Diese Vereinbarung hatte die reaktionären Stadtväter von Magen aufs Pferd gebracht, so daß seine Annahme nur dadurch möglich war, daß der stellvertretende Bürgermeister zuletzt ebenfalls für die Vereinbarung stimmte. Damit haben unsere Kollegen immerhin den höchsten Lohn, der im ganzen Bezirk gezahlt wurde. Als nun aber mit dem AOB. am 10. Oktober wieder eine Lohnerhöhung um 2—3 Pf. vereinbart

te
II.
nos/entri
6,24
8,16
11,04
12,—
12,48
12,96
13,44
13,44
13,92
6,72
9,12
12,48
12,96
13,92
14,40
14,88
14,88
15,84
10,32
um je
um je
und um
ern ab.
og: für
Pf., im
16 Pf.
i Jahre
blet am
orf mit
heutigen
rg. —
leserent:
unffluen.
Benosse
Arbeiter:
waren,
des An
ngal not-
offen zu
— Die
sh von
ien noch
OB —
Referat,
verband
schlechte-
bau der
bei Ab-
nte nur
werden.
ie aus-
000 Ge-
emeinde-
Koll:ge
ndes bei
n Streik
Kollegen
ingen zu
Kollegen
mit, daß

wurde und diese von der Stadt Magdeburg ebenfalls nach der Vereinbarung gezahlt werden mußte, ging das einigen Herren zu weit. Man wollte trotz Vereinbarung diese Löhne nicht zahlen. Erst im letzten Augenblick war den Herrschaften wohl klar geworden, daß sie gegen einen einmal gefassten Beschluß nicht ankämpfen können. So bequemte man sich denn in letzter Stunde, die neuen Löhne zu zahlen. Wenn heute solche Verhältnisse in Magdeburg beständen, dann ist die Arbeiterschaft nicht ganz schuldlos daran. Hätte sie sich bei den Wahlen am 4. Mai nicht allzu stark von Leuten, die dem Kapital nahe stehen, beeinflussen lassen und hätte sie wirkliche Arbeitervertreter in das Stadtparlament gewählt, dann stände es auch um vieles in der Stadtverwaltung besser. Aufgabe der Arbeiterschaft in Magdeburg ist es, die Scharte in der kommenden Zeit auszuweihen, es dürfte dann auch ein anderer Wind vom Rathhause wehen.

Rathenow. Bei den Verhandlungen am 25. November für die städtischen Arbeiter in Rathenow wurden nachstehende Löhne mit Wirkung ab 20. November vereinbart: Für Handwerker 67 Pf., Feuerleute und Kesselmänner 65 Pf., Rutscher und Helfer 62 Pf., Hofarbeiter und Kanalisationsreiniger 60 Pf., ungelernete Arbeiter des Bauamts 52 Pf., Straßenreiniger (Mindererwerbsfähige) 47 Pf. pro Stunde. Dazu eine Frauenzulage von 3 Pf. pro Stunde.

Stuttgart. Die Mitgliederversammlung am 13. November nahm nach dem Kassenbericht vom 3. Quartal zur evtl. Kündigung des Reichsmanteltarifvertrags Stellung. Nach einem Referat des Kollegen Bolm und anschließender eingehender Diskussion wurde nachfolgende, von der Ortsverwaltung vorgeschlagene Entschiedenheit einstimmig angenommen:

„Die am 13. November tagende Mitgliederversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Stuttgart, beauftragt den Verbandsvorstand, den A.M.Z. für die Gemeindearbeiter am 31. Dezember zu kündigen. Die Verammelten fordern vom Verbandsvorstand schon heute, daß er alle Vorbereitungen trifft, damit nicht nur jede geplante Verschlechterung erfolgreich abgewehrt wird, sondern daß insbesondere die früheren Tarifrechte bezüglich der Arbeitszeit und der Sozialleistungen wieder zurückerobert werden. Die Verammelten anerkennen die Leitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter als einzig zuständige Instanz zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder gegenüber der Arbeitgeberorganisation und geloben, ihrerseits alles zu tun, um die zu einem erfolgreichen Kampf um die Rechte der Gemeinde- und Staatsarbeiter notwendige organisatorische Geschlossenheit herbeizuführen.“

Zu der am 13. und 14. Dezember in Stuttgart stattfindenden Gautonferenz, die sich ebenfalls mit obiger Tagesordnung beschäftigen wird, wurden die Kollegen Bud, Koff, Großhans, Rapp und Schnell als Delegierte gewählt.

♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

Entgegnung der Gewerkschaften zur Kundgebung der Industrie über Preisabbau, Arbeitszeit und Löhne.

ADGB, U.M.-Rund und Gewerkschaftsring erlassen folgenden Aufruf:

Die Spitzenorganisationen der Arbeitgeber versuchen seit der Reichstagsauflösung dem deutschen Volke zu beweisen, daß die heutige wirtschaftliche Lage die Absicht von der seit Jahren in Deutschland eingeschlagenen sozialen Richtung bedingt. In einer gemeinsamen Kundgebung suchen der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eine Preis- und Lohnpolitik zu recht fertigen, die notwendigerweise die schwersten Wirtschaftskämpfe nach sich ziehen muß. Ausgehend von der Schilderung der durch den Krieg und die Nachkriegszeit verursachten Kostlage unseres Volkes, wendet sich die Kundgebung gegen die bisherige Steuer-, Verkehrs- und Sozialpolitik des Reiches und gegen jede internationale Bindung auf dem Gebiete der Arbeitszeit. Man fordert durchgreifende Erleichterung der die Unternehmungen unmittelbar treffenden Steuern und Verkehrsstarke, die reiblose Wiederherstellung der Vorkriegsarbeitszeit und Verhinderung jeder Lohnkürzung. Die Erfüllung dieser Forderungen machen die Arbeitgeber zur Voraussetzung für ihr Mitwirken beim Preisabbau.

Die Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer erheben gegen das Vorgehen der deutschen Arbeitgeber entscheidenden Protest. Industrie und Handel sind durch Wiederaufrichtung unserer Volkshoheit im Weichen von erheblichen ausländischen Konkurrenzschwierigkeiten befreit, die Befähigungen durch die Mietverträge sind in Fortfall gekommen und die Reparationsleistungen werden im laufenden Jahre durch die Mittel der Anleihe gedeckt. Alles dies zeigt, daß die deutsche Industrie jetzt unter erheblich günstigeren Verhältnissen arbeiten kann als vor Einführung dieser Erleichterungen. Daß sie sich trotzdem zu dieser Kundgebung verstanden hat, beweist, in welchem geringen Umfange bei ihr Verständnis für die gerechte Forderung der Arbeitnehmer auf gleichmäßige Verteilung der zu tragenden Lasten vorhanden ist.

Die Gewerkschaften stellen fest, daß alle bisherige steuerliche Erleichterung, auch die Anfang Oktober vorgenommene Herabsetzung der Umsatzsteuer von 2½ auf 2 v. H. und die Ermäßigung der Frachtsätze sich bisher in keiner Weise preisend ausgemittelt haben. Die hierdurch gewonnenen Beträge sind allein den deutschen Unternehmern zugute gekommen. Die deutschen Arbeitgeber haben sich während der Inflation, indem sie die

Steuern in völlig entwertetem Gelde zahlten, der Steuerleistung entzogen. Den größten Teil der Steuern trugen die Arbeitnehmer infolge der einseitig belassenden Lohnsteuer. Die Arbeitgeber verhandeln auch bei der Sanierung der Währung sich frühzeitig schuldig zu halten, indem sie durch hohe Geldpreise den Konsum in der ungeheuerlichsten Weise belasteten, durch Massentilgungen die Arbeiter und Angehörten der Arbeitslosigkeit überließen, die Arbeitszeit verlängerten und die Löhne herabsetzten. Alle Lasten der Deflation wurden auf die Arbeitnehmer abgewälzt, ohne daß dadurch eine Senkung des Preisniveaus eintrat. Die Kaufkraft der Löhne und Gehälter hat sich beständig verringert. Während sich für die deutschen Arbeitgeber die Lage durch die Festigung der Mark gelüftet und durch Steuererleichterungen gebessert hat, fordern sie jetzt neue Vergünstigungen und bedrohen im Gegenzug dazu die Arbeitnehmer mit weiterer Verschlechterung ihrer Lage durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch vermehrten Lohndruck.

Mit Nachdruck wenden sich die Gewerkschaften gegen die Behauptung der Industrie, daß eine schematische Verkürzung der Arbeitszeit und ein Sinken der Löhne an der Verwertung der Produktion schuld seien. Das Gegenteil davon ist erwiesen. Die Arbeitszeit ist seit Jahresfrist schematisch verlängert worden, ohne jedes wirkliche Bedürfnis der Wirtschaft. Die Löhne sind weit unter Friedensstand herabgesetzt, ohne daß eine merkliche Senkung des Preisniveaus eingetreten wäre.

Die Gewerkschaften verlangen eine Arbeitszeit, die ohne dauernden Nachteil der Gesundheit geleistet werden kann und Raum läßt für die Mitarbeit aller Arbeitsfähigen, und einen Lohn, der den deutschen Arbeiter nicht tief unter den Stand aller Produktionsländer herabdrückt, sondern ausreichend ist für die Erneuerung der körperlichen, geistigen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen.

Inbesondere ist die Aufrechterhaltung der Zwölfstundenrichtlinien in der Schwerindustrie, in denen die Arbeiter unter hohen Temperaturen, Dämpfen, Dämpfen oder chemischen Einflüssen leiden, untragbar mit den Vorbereitungen einer gesunden Wirtschaft, die nicht zuletzt auf einer gesunden und arbeitsfreudigen Arbeiterschaft beruhen. Dieses System muß zu schweren Wirtschaftskrisen führen, da die Arbeiter dieser Betriebe sich nicht dauernd zu solcher mühseligen Arbeitsweise verflüchten lassen. Die sofortige Einführung des Dreizehnenbetriebes in diesen Industrien halten die Gewerkschaften auf das Dringendste geboten. Im übrigen haben die deutschen Arbeiter ein geschlechtes Recht auf den Achtstundentag. Auch das Washingtoner Abkommen hat der Arbeiterschaft dieses Recht zuerkannt. Die deutschen Gewerkschaften verlangen daher, daß die Reichsregierung ihre wiederholt angeforderte Absicht, dieses Abkommen zu ratifizieren, ausführt.

Die Gewerkschaften sind sich völlig einig, Deutschland wirtschaftlich stark zu machen und es sobald als möglich von den ihm auferlegten Lasten zu befreien. Der Weg zu diesem Ziel ist aber ein anderer als der der Arbeitgeberchaft, die im Vollgefühl ihrer wirtschaftlichen Macht die Arbeitnehmer durch ein Diktat zur alleinigen Tragung der Lasten zwingen will. Die Gewerkschaften müssen verlangen, daß die Arbeitgeber ihren Teil der Lasten auf die eigene Schulter nehmen und daß das Höchstmaß an persönlicher Leistung, das von jedem erwartet werden muß, durch eine nicht auf Klaubau eingestellte Arbeitszeit und Lohnpolitik gesichert wird.

Die Arbeiter und Angehörten werden sich weder durch Versprechungen noch Drohungen in der Vertretung ihrer gewerkschaftlichen Grundansätze und Erwerbsansprüche beirren lassen. Sie wissen, daß starke Gewerkschaften den besten Schutz bilden gegen die wahrlich nicht auf papierne Kundgebungen beschränkten arbeitserfindlichen Absichten des Unternehmertums.

♦ Rundschau ♦

Arbeitgeberinternationale gegen den Achtfundentag. Los vom Internationalismus! Das ist zurzeit das verkürzte Kampfschrei aller reaktionären Politiker und profitgierigen Unternehmer. Damit kämpfen sie nicht nur gegen die internationalen Verbindungen der Lohnarbeiter und Gehaltsempfänger, sondern auch die internationale Arbeitsorganisation ist ihnen ein gleiches Schmelz und Greuel. Denn solange Deutschland diesen Verbindung angehört, drohen ihnen immer neue internationale Maßnahmen für den Arbeiterschutz. Die Ratifikation des Washingtoner Abkommens, insbesondere die Bestimmungen über den Achtfundentag, scheuen sie wie die Pest, weil dieser der Ausbeutung der Arbeiterklasse zum Schaden des Unternehmertums, Schranken setzt. Darum ihr Geschrei: „Los vom Internationalismus, Austritt aus der Internationalen Arbeitsorganisation, Fernbleiben vom Völkerbund!“ Und in ihrer Hergensangst vor dem Internationalismus des Achtfundentages sind sie sogar bereit, der Teufel mit Besenbesen auszutreiben, d. h. selbst eine Internationale gegen den Achtfundentag ins Leben zu rufen. — In der „Deutschen Bergwerkszeitung“ Nr. 271 steht ein „führender Großindustrieller“ folgenden Silberaus:

„Der augenblickliche Zustand in der Arbeitszeitfrage ist der, daß heute in der Arbeitszeitverlängerung dieses Land, morgen jenes einen kleinen Vorprung hat und damit alle anderen Länder in die Gefle drückt. Augenblicklich sind wir in Deutschland voran. Wir haben den Zehnstundentag wieder erreicht. Den Industrieländern der anderen Länder geht es so schlecht, daß sie nach Verhandlung streben. Kommen wir ihnen bei dieser Verhandlung nicht entgegen, so drängen wir diese Länder zu solch scharfen Kämpfen gegen unseren Zehnstundentag, daß die Kaufkraft, diesen zu halten, in aller Kürze zunichte werden. Wir müssen

aber in jedem Falle versuchen, den Achtstundentag so lange als möglich fernzuhalten. . . In Wirklichkeit bedeutet die Durchführung des Achtstundentages in der ganzen Welt die Expropriation des Kapitals im Sinne von Karl Marx. . . In keinem Lande allein wird es auf die Dauer möglich sein, diese wirkliche Form des Bolschewismus und Sozialismus auf das volkswirtschaftlich erträgliche Maß herabzudrücken. . . Es ist doch nicht denkbar, daß auf allen Gebieten sehr rasch ein Ausgleich für die Minderleistung der Arbeiter gefunden werden kann; es ist aber auf der andern Seite auch nicht denkbar, daß in Deutschland allein in der gesamten industriellen Welt auf lange Zeit eine längere Arbeitszeit gilt als in allen übrigen industriellen Ländern. Und wenn wir nicht Fühlung mit unseren Kollegen in den industriellen Ländern auf allen nur irgendwie denkbaren Gebieten suchen, so wird die Politik uns mit größter Geschwindigkeit den augenblicklich erzielten Vortritt in der Produktion verschlagen. Wenn wir aber heute in der besseren Lage, in der wir uns befinden, eine Verständigung mit Industrieländern anderer Länder herbeizuführen suchen, so kann dies nur unser Vorteil sein. Denn wir stützen damit eine bessere Lage für einige Zeit."

Sonach hält es das heuchlerische Unternehmertum mit der „Philosophie“ des feigen Justizministers Schönstedt: „Wenn zwei daselbe tun, so ist es nicht dasselbe.“ Die Internationale der Arbeitnehmer ist nach ihrer Moral ein Verbrechen, die Internationale der Kapitalisten aber eine Wohltat. Die Antwort der Arbeitnehmer darauf kann nur die sein, aufklärend unter den Unorganisierten zu wirken und alles für die Stärkung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu tun, damit diese jederzeit den arbeiterfeindlichen Anführern der Kapitalistenklasse gewachsen sind.

Keine Verwaltungsgebühren beim Verkehr der Gewerkschaften mit Behörden in Tarifangelegenheiten usw. Es gab in Preußen Behörden, die auf Grund der preussischen Verwaltungsgebührenordnung für ihre Besuche an Berufsorganisationen Gebühren erhoben. Rummel hat der preussische Finanzminister auf Veranlassung der Verbände einen Rundschreiben vom 15. August 1924 betr. Richtlinien für Erhebung von Verwaltungsgebühren (II C. 2200) herausgegeben, der zugleich im Namen des Ministerpräsidenten und sämtlicher Staatsminister ergangen ist und ihn im „Preussischen Befehlungsblatt“ Nr. 65 Seite 289 veröffentlicht. Wir geben ihn nachstehend auszugsweise bekannt:

§ 2 bestimmt, daß gebührenfrei sind: 1. Amtshandlungen, die überwiegend im öffentlichen Interesse erfolgen, insbesondere Amtshandlungen, die durch Behörden veranlaßt werden, es sei denn, daß die Gebühr einem Dritten als mittelbarem Veranlasser zur Last zu legen ist; — 2. der mündliche Verkehr; — 3. alle Angelegenheiten in Gnadenfällen, sofern nicht ihre Verfolgung als notwendig anzusehen ist.

Die Ausführungsanweisung zu diesem Paragraphen schreibt vor: 12. Auch bei anderen Antragstellern, insbesondere Berufsorganisationen, Spitzenverbänden u. dgl., wird die Art ihrer Tätigkeit für die Beurteilung maßgebend sein, ob eine von ihnen veranlaßte Amtshandlung überwiegend im öffentlichen Interesse liegt. Dies wird z. B. anzunehmen sein, wenn der Preussische Städtetag in einer Eingabe gemeinsame Belange der Stadtgemeinden wahrnimmt, wie denn auch die von einer Gemeinde oder einem Gemeindeverbande erstrebte Amtshandlung in der Regel überwiegend im öffentlichen Interesse erfolgen wird. — 13. Bei Berufsverbänden und ähnlichen Organisationen werden die von ihnen verfolgten Angelegenheiten häufig im überwiegenden öffentlichen Interesse liegen, so bei Amtshandlungen, die im Verkehr mit wirtschaftlichen Verbänden erfolgen und zur Förderung des gesamten Wirtschaftslebens dienen bei der Erörterung von Fragen, die für ganze Berufsstände oder Wirtschaftskreise grundsätzliche Bedeutung haben, wie überhaupt dann, wenn allgemeine Anregungen ohne Bezugnahme auf Einzelfälle von derartigen Organisationen ausgehen. Da die Frage, inwieweit derartigen allgemeinen Anregungen nachzugehen und den Antragstellern eine Antwort zu erteilen ist, dem Ermessen der Behörden überlassen bleiben muß, kann die bloße Tatsache der Antwort, wenn sie für zweckmäßig gehalten wird, nicht ausschlaggebend für die Frage der Gebührenpflichtigkeit sein; denn nicht der Bescheid als solcher ist die erstrebte Amtshandlung. — 14. Das Vorstehende gilt insbesondere auch für die Eingaben von Berufsvereinigungen der Beamten (Lehrer), Angestellten und Arbeiter, wenn sie sich auf die Wahrnehmung von Berufs- oder Standesinteressen oder andere Angelegenheiten von allgemeiner oder grundsätzlicher Bedeutung beschränken, insbesondere z. B. in Fällen, in denen es sich um die Auslegung von Vorschriften, Tarifverträgen u. dgl. handelt. — 15. Erstrecken jedoch derartige Organisationen (Ziffer 11 ff.) ihre Tätigkeit über den Rahmen ihrer Aufgaben hinaus auf die Rettung von Einzelfällen ohne grundsätzliche Bedeutung, so wird das Vorliegen eines überwiegenden öffentlichen Interesses in der Regel nicht anzunehmen und ein Bescheid, falls ein solcher überhaupt zu erteilen ist, hinsichtlich der Gebührenpflicht entsprechend zu behandeln sein. — 16. Ein überwiegendes öffentliches Interesse wird in der Regel bei Amtshandlungen in Ausübung der Kommunalaufsicht anzunehmen sein, d. h. soweit es sich um die von Amts wegen oder auf Antrag erfolgende Prüfung der Gesetzmäßigkeit oder Ordnungsmäßigkeit der kommunalen Verwaltung im allgemeinen Interesse handelt. Das Vorliegen eines überwiegenden öffentlichen Interesses muß aber verneint werden, wenn z. B. die im Kommunalaufsichtsweg angebrachte Beschwerde lediglich oder aus rein persönlichen Beweggründen erhoben worden ist, die mit der Angelegenheit selbst in keinem sachlichen Zusammenhang stehen, oder wenn die Beschwerde auf Umstände gestützt ist, die der Nachprüfung durch die

Kommunalaufsichtsbehörde nicht unterliegen. — Bei Eingaben und Beschwerden von Kommunalbeamten oder Angestellten in bezug auf ihr Dienstverhältnis (z. B. in bezug auf Beförderung, Ruhegehalt usw., auch im Falle des § 7 des Kommunalbeamtengesetzes vom 30. Juni 1909 — G. S. 141 —) wird in der Regel Gebührenfreiheit zu gewähren sein, auch wenn sich der einzelne Beamte oder Angestellte hierbei durch einen ausdrücklich Bevollmächtigten vertreten läßt.

Haben Nichtorganisierte Anspruch auf Tariflohn? In dieser Frage fällt das Gewerbegericht Belbert vor einiger Zeit ein Urteil, das namentlich für solche Arbeiter, die immer nur ernten, wo andere säen, also für Nichtorganisierte, von Bedeutung ist. Eine Firma verweigerte einem Arbeitnehmer Lz kurz vorher durch Schiedsspruch festgesetzte Lohnerhöhung von 17 Proz. und wurde deswegen verklagt. Die besagte Firma machte geltend, daß der Kläger nicht Mitglied einer der an dem Schiedsspruch beteiligten Parteien sei. Der Kläger könne deswegen aus dem Schiedsspruch keine Rechte für sich herleiten, denn der Spruch sei wohl für verbindlich, nicht aber für allgemeinerbindlich erklärt worden. In der Urteilsbegründung wird noch darauf verwiesen, daß ein Schiedsspruch, gleichgültig ob eine Unterwerfung unter diesen freiwillig oder gezwungen erfolgt, nur den Streit zwischen den beteiligten Parteien schlichtet. Für Nichtmitglieder der Parteien ist der Schiedsspruch weder gefällt, noch erstreckt sich seine Verbindlichkeitswirkung darauf. Soll der Schiedsspruch auch Kreise umfassen, die nicht den beteiligten Parteien angehören, so müßte er für allgemeinerbindlich erklärt werden.

• Eingegangene Schriften und Bücher •

Der „Notizkalender 1925“ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist soeben erschienen. In schönem handlichen Format, stabil eingebunden, finden wir hier nachherade das Wissensverzeichnis für die in Gemeinde- und Staatsbetrieben Beschäftigten zusammengetragen. Man kann dieses Schatzkästlein mit gutem Recht als keines Taschentuchlein bezeichnen. Einen breiten Raum nimmt der Allgemeine Notiz- (Termin-)kalender, der auf gutem Papier gedruckt ist, ein. Kalendarien für die Jahre 1924 und 1925 sind ihm vorangestellt. Ein nachdenkliches Gebicht des Kollegen W. Bulau und einige schöne Worte „zum Geleit“ leiten den Kalender ein. Gute Reproduktionen wirkungsvoller Titelblätter der „Gewerkschaft“ und „Sanitätswarte“, mitten in den Kalender verstreut, lassen auch das Auge auf seine Rechnung kommen. Ein Geschichtskalender des Verbandes, graphische Darstellungen der Organisationszugehörigkeit, instruktive Aufsätze über die Sektionen Gesundheitswesen, Gemeindearbeiter, Reichs- und Staatsarbeiter sind beigelegt. Das Tarifrecht im Verein mit dem A.M., das Betriebsratsgesetz und seine Besonderheiten für Gemeinde- und Staatsbetriebe werden behandelt. Ein Aufsatz beschäftigt sich mit den freigewerkschaftlichen Spitzenverbänden, über deren Zusammenfassung noch immer so viel Unklarheit herrscht. Unsere Internationale wird behandelt. Für das Pflegepersonal, aber auch für alle Väter und Mütter ist der Anhang „Medizinische Fachausdrücke“ sehr beachtenswert. Und auch damit ist der Inhalt des Büchelchens noch nicht erschöpft. Ein Adressenverzeichnis des Verbandes schließt sich an. Einige Seiten gutes Notizpapier schließen dann den Kalender ab. Ein Verbandsmitglied sollte veräumen, sich diesen preiswerten Kalender für 75 Pfennige (Nichtmitglieder 1,- M.) anzuschaffen. Er dürfte nach jeder Richtung hin befriedigen.

Deutsche Dürst seit Goethes Tode bis auf unsere Tage. Ausgewählt von Maximilian Bern. 18. verbesserte Auflage, 445. Tafeln. 640 Seiten Preis geb. Halbleinen 4.— G.-M. Max Hesses Verlag, Berlin W. 15.

Maximilian Bern hat das deutsche Volk mit zwei Bänden beschenkt: mit seiner „Rehmen Muse“ und seiner „Deutschen Dürst“. Beide sind Volksbücher geworden. In seiner „Deutschen Dürst“ werden auf 640 Seiten etwa tausend Gedichte von über 350 Dichtern vorgeführt. Hören wir noch hinzu, daß das Buch geschmackvoll ausgestaltet ist, so kann gesagt werden, Ferns „Deutsche Dürst“ ist ein Weihnachts Geschenk, das dem Geber Dank und dem Beschenkten reiche Freude bringen wird.

18 Jahre Farmer in Afrika. Von Otto Reiner. Paul Ritz Verlag, Leipzig. Preis in Halbleinen 4,50 Goldmark, in Ganzleinen 5 Goldmark.

Als junger deutscher Handwerker zog Reiner aus und verbrachte die besten Jahre seines Lebens im schwarzen Erdteil; als Großfarmer lebte er zurück und schildert nun seine bunten Erlebnisse in Ost-, Süd- und Westafrika, sein kampfbereites Ringen bis zum endlichen Sieg. Herausragend ist die Ursprünglichkeit seiner Darstellung, die offene, von echtem Mutterwitz überströmte Art.

• Verbandsteil •

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Das Gausbureau erfucht befindet sich jetzt: Leipziger Straße 11 I.

Schluss des redaktionellen Teiles.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter: F. R. A. n. t. e. Verantwortl. Redakteur Emil Dittmer, beide Berlin SO. 33, Eulestraße Str. 42.

Die Hilfe gea. Sicht u. Rheumatismus

Sie wissen kein sicheres Mittel gegen diese Plagegeister, denn alle Einreibungen, Bädungen, Bäder, Salben usw. lindern nur für einige Zeit die Schmerzen, aber sie packen nicht das Uebel an der Wurzel.

Ich empfehle Ihnen ein wirklich erprobtes Mittel, und Sie sollen es selbst versuchen, ohne daß es Sie etwas kostet, aber ehe ich Ihnen mehr sage, lesen Sie den folgenden Brief:

Ich teile Ihnen mit, daß Ihre Gichtosint-Tabletten schon nach zwei Monaten bei mir überraschenden Erfolg erzielt haben. Mit jedem Tage fühle ich mich wohler und kann jetzt trotz meiner 65 Jahre große Fußtouren in den Bergen machen und auch die schwersten Arbeiten mit Leichtigkeit verrichten. Die Kur sehe ich getreulich fort, ich hoffe den Rheumatismus für immer los zu sein.

Ihnen sage ich meinen besten Dank und empfehle Ihr vorzügliches Präparat in Bekantheit.

Shochachtungsvoll

S. B. in N.

Solche Briefe besitze ich Tausende, und nun hören Sie weiter. Gicht und Rheumatismus können nur von innen heraus wirklich kuriert werden durch Entgiftung des Blutes. Dieses ist vorwiegend durch zurückgebildete, harnsaure Salze, und diese müssen heraus, sonst nützt alles Einreiben und Warmhalten nichts.

Zur Beseitigung der Harnsäure aber dient das Gichtosint. Sie können das glauben oder nicht, aber Sie sollen keinen Pfennig dafür ausgeben, ehe Sie sich überzeugt haben.

Teilen Sie uns Ihre Adresse auf einer Postkarte sofort mit und adressieren Sie diese an: Generaldepot der Victoria-Apothek, Berlin A 279, Friedrichstraße 19, es geht Ihnen dann vollständig kostenfrei eine Probe Gichtosint mit weiteren Ausführungen und genauer Gebrauchsanweisung zu.

Wenn Sie sich überzeugt haben, so steht es Ihnen frei, mehr von dem Mittel zu beziehen oder es in einer dortigen Apotheke zu kaufen.

Gichtosint ist in den meisten Apotheken zu haben, insbesondere in Berlin in der Victoria-Apothek, Friedrichstraße 19.

Wie köstlich

schmecken dem Kenner die guten aus

Reichel-Essenzen

Für nur wenig Geld selbsthergestellten Köstlichkeiten, die den Versuch ein Erfolg sind. In Drogen und Wurzeln aber nur vermischt mit der Gichtosint-Tabletten. Dr. Reichel's Rezept. Köstliche Tablett um 0.14 oder 0.10 teure!

durch Essenzfabrik Otto Reichel, Berlin 183 50, Eisenbahnstr. 4



Dr. med. Ulrich Grell

Zur Frage der Geschlechtskrankheiten

Volks-tümliche Darstellung mit 22 Abbildungen auf 22 Tafeln. Gegen Einsendung von 2,30 Mk an Postcheckkonto Leipzig 51368 portofrei vom Verlag Wilhelm Hartmann, Leipzig.

Pickel, Mitesser!

Ein einfaches, wunderbares Mittel teile gern kostenlos mit.

Frau M. Poloni, Hannover A. 112, Edenstraße 30 A.

Reklamepreis nur 4 Mk.

| | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|
| ein deutsches Herren-Armband Nr. 52, stark verstellbar, ca. 30 cm langes Werk, genau reguliert, kostet . . . | nur 4,00 Mk. |
| Nr. 53 dieselbe mit Schärfer . . . | nur 4,50 |
| Nr. 51 dies. nicht verstellbar in Gold oder in Silber . . . | nur 5,00 |
| Nr. 55 dieselbe mit besserem Werk . . . | nur 6,50 |
| Nr. 58 mit Sprung, sehr verstellbar . . . | nur 12,00 |
| Nr. 39 Damensuhr, verstellbar, mit Goldband . . . | nur 7,50 |
| Nr. 79 dieselbe, kleines Format . . . | nur 10,00 |
| Nr. 81 dieselbe, acht Scher, 10 Steine . . . | nur 20,00 |
| Metall-Waage . . . | nur 0,25 |
| Passerelle, verstellbar 0,50 m., mit verstellbar . . . | nur 1,50 |
| schl. verstellbar 2,00 m., Goldedelstahl . . . | nur 5,00 |
| Nr. 47 Armbanduhr mit Roman . . . | nur 8,00 |
| Wecker, prima Messingwerk . . . | nur 2,00 |

Sehen Sie den Notizkalender 1925 herausgegeben vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Ein wichtiges und nützliches Taschenbuch für jedes Verbandsmitglied. 190 Seiten stark, reich illustriert, dauerhaft in Leinen gebunden. Preis: 1,- Mk., für Verbandsmitglieder 0,75 Mk. Bestellungen nimmt entgegen: **Abt. Bücher und Schriften** Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Berlin 50 33, Schillerstr. 42.

Lebenslust und Schaffensfreude.

Die Hauptursache vieler Krankheiten liegt so bestialt, daß wir sie zu wenig beachten. In den meisten Fällen rührt sie aber von unreinem Blut und unvollkommener Serrichtung der Ausscheidungsorgane her. Deshalb ist eine gründliche Reinigung des Blutes notwendig, ehe wir Besserung unseres schlechten Befindens erwarten dürfen. Ein altbewährtes, vielversuchtes Mittel haben wir hierzu im Blutwuch, einem reinen, unverfälschten Badoberextrakt mit vorzüglicher, höherer Wirkung. Dankschreiben, Erfolgsberichte und glänzende Beurteilungen geben in immer größerer Anzahl über dies vertrauenswürdigste Mittel ein, das durch seine natürliche Kraft und besondere hartnäckige Wirkung von großer Bedeutung ist bei Gicht, Rheumatismus, Schmerzen in Kopf, Gliedern und Gelenken, Bluthochdruck, Bluthochdruck, Magen- und Verdauungs, regt die inneren Organe: Nieren, Darm und Blase zu natürlicher Tätigkeit an, erleichtert den Stoffwechsel und wirkt der Bildung von Gichtsteinen entgegen. Gute Dienste leistet es den Frauen bei manchen ihrer Leiden und Beschwerden, wie es überhaupt allgemein dem Körper nur Gutes bringt, aber nie Schaden wird. Durch die oben genannten Eigenschaften verbindet Blutwuch die Vätererkrankungen, die veraltete Krankheit des Alters und Urfache des Schlaganfalls. Die Kinder, namentlich kleine und solche, die den Anforderungen der Schule nicht genügen sind, nehmen es mit anerkennendem Erfolg zur Stärkung und Stärkung. Ausserdem: Blutwuch erneuert das Blut von Grund aus auf natürliche Art und gibt uns frische Luft und neue Schaffensfreude. Besonders betont werden muß, daß Blutwuch ein reines Naturprodukt ist, das keinerlei schädliche chemische Substanzen enthält und angenehmen Geschmack hat. Der Preis für Wettbewerb ist ein sehr mäßiger: für 14 Tage setzen etwa acht Schachteln, die für 5,20 Mark portofrei ausgeben können. Kleinste Packung — vier Schachteln für 2,70 Mark. **Wiederer B. Rep., Dresden 63, Schillerstr. 8, Boffsch, 7915 Dresden.**

Wilste Musik treiben — Maße Dörfel schreiben!

MUSIK
Instrumente
für Orchester, Schule und Haus
Verlangen Sie Preisliste
MAX DÖRFEL
Klimenthal Sachs Nr. 30

Allerfeinstes
„Oka“
Pflaumen-Mus
la Qualitätsware
Garantiert rein
Nur mit Kristallzucker eingekocht
Das beste vom Besten
in 10-Pfund-Eimern
per Eimer nur 4,90 M
Franko per Post Nachnahme

Alfred Roth
Bergedorf Hamburg
Kampstr. 1
Gummi-saug. etc. hyg.
Art. Preis. send. gratis.
diskr. Versand. Pharm.
hyg. Industrie Medicus,
Berlin N 54, Veltmannstr. 25 c

Ihr Geldbeutel

wird fett, wenn Sie billig rauchen, es kostet 5 Pf. für eine Karte an Tabakfabrik **Köller, Bruchsal 17/9** um Preisliste Riskieren Sie es, Sie betreten es nicht.

Hilfe in allen Fällen

brachte die Baulenklägerische Formor-Kur seit Jahrzehnten selbst dort wo zahlreiche andere Mittel ohne Erfolg angewandt worden: bei Arterienleiden, Rückenmarksleiden, Schwindungen, Epilepsie, Gicht, Gelenk- und Muskelrheumatismus und Depressionen, Neurasthenie usw. ist die Formor-Kur von bester Wirkung, wie die uns ständig eingehenden Dankschreiben bezeugen, von denen wir einige hier folgen lassen:

3 Monate lang sehr schweres Rückenmarksleiden
„Wuch ich will meinen öffentlichen Dank aussprechen für die Herstellung meines 5 Monate langen sehr schweren Rückenmarksleidens. Ich konnte weder gehen noch liegen und wurde durch die Baulenklägerische Formor-Kur, welche ich zu Hause machen konnte, völlig geheilt. Kann die Kur allen gleich Leidenden sehr empfehlen.“
Gutshaus, Gd. in B.

schwere Epilepsie vollständig geheilt
„In bezug der Dankbarkeit befehlen wir sehr gerne, daß unsere jetzt 14 Jahre alte Tochter, welche ein Jahr lang an schwerer Epilepsie gelitten hat, durch die Baulenklägerische Formor-Kur schon nach vierwöchentlichem Kurverlauf vollständig geheilt worden ist. Seit der Zeit ist in uns ein einiger Anfall mehr aufgetreten.“
Landwirt G. in B.

sehr erfreuliche Mitteilung
„Ich bin sehr dankbar, meine Frau und ich, auf Ihre Kur bin nunmehr ganz gesund und vollkommen wohl fühlen. Ihre Kur hat uns ganz vorzügliche Dienste geleistet.“
Reverendier R. in B.

schwerer Rheumatismus geheilt
„Ich bin Ihnen hochverpflichtet zu sein, daß ich fast jeden Tag herausgehe, was ich als eine große Wohltat empfinde. Da ich ein halbes Jahr meine Baine fast gar nicht bewegen konnte. Tausend Dank dem Gekühl, wodurch ich zu Ihrer Formor-Kur gekommen bin.“
Gemeindeforstand B. in B.

Rostenlose Kunststoff erteilt das
Pyrmor-Naturheil-Institut, Münch. 303, Rosental 15.
Schreiben Sie noch heute (Kranke) beistehende. Die Kur ist von jebermann bequem zu Hause ohne Berufsunfähigkeit durchzuführen.

Die Arbeit

Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik u. Wirtschaftskunde. Herausgegeben v. ADGB. Erscheint am 15. jeden Monats. Preis 1,- Mk.
Abt. Bücher u. Schriften
Berlin 50 33, Schillerstr. 42.

la Eiderleikase

9 Pfund = 6,- Mk. franko.
Dampfkochtafel Rendsburg 221

Der grosse Erfolg

des „Carmol“ beruht auf der Vielseitigkeit seiner Anwendung
Carmol lindert Schmerzen!
Carmol tut wohl!



Man verwendet Carmol (Karmelitergeist) bei Erkältungskrankheiten: Rheuma, Hexenschuss, Genick-Kreuz-, einfach. Kopf-, Zahnschmerzen, Husten und Schnupfen Vorzüglich Einreibemittel zur Auffrischung und Anregung der Muskeln und Nerven, für Sporttreib. bei Ueberanstrengung (Wadenkrampf)

Eine Flasche Carmol ist eine billige Hausapotheke u. sollte in keinem Haushalt fehlen

Man verlange in Apotheken und Drogerien ausdrücklich Carmol
Carmol-Fabrik Rheinsberg (Mark)

Garderobe

auf Teilzahlung
Herren Anzüge, Hosen, Ulster, Paletots
Damen Paletots, Kleider, Kostüme, Röcke
Gute Ware / Solide Preise
Große Auswahl
M. Beiser, Berlin, Lothringer Str. 67

Wöchentliche Teilzahlung

Besondere
Herrenbekleidung
fertig und nach Maß zu soliden Preisen
Garantie für guten Sitz und gute Verarbeitung
Schneidermstr. Gr. Frankfurter Str. 37 nur 2. Etage
Julius Fabian

Hermann Engel, Berlin, Landsberger Str. 85-86-87

Für das Weihnachtsfest fabelhaft billige Extra-Angebote!

| Mäntel | Kleider | Kleiderröcke | Pelzkonfektion |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------|
| Eleg. Fauxsch-Windermäntel, nur modern-Formen, helle u. dunkle Farben 16.50, 14.50 17.75 | Reinwollenes Cheviot-Kleid in Qualität, gute Größen, mod. verarbeitet 9.50 7.00 | Velours de laine-Kleiderröcke in reiner Wolle, mod. Streifen, erstklassige Verarbeitung 14.75 7.00 | Echte Lammfelljacke absteckbar 67.50 |
| Velours de laine-Mäntel auch ohne Pelzverröpfung, nur prima Qualität, teils mit angew. Futter 49.50, 49.50, 39.50 29.50 | Kunstseiden-Trikotkleid mit Marabubelatz, modern-Farben 24.50 19.75 | Baukelblau reinwollene Plisseekleiderröcke 6.00 | Stroms-Kanin-Mäntel 130 cm lang 49.00 |
| Winterstar mit Pelzkragen kariert 19.50 | Taffetkleider in lichten Farben, Neueste Macharten 29.50, 29.50 19.00 | Warme Matinees aus gutem Plausch 5.75 | Natur-Fohlen-Jacke mit Damastfutter 29.00 |
| Biberette Wollplüschmäntel große Ausw., alle Weiten, nur gute Qualitäten, 128 cm lang, voll geschneitten 69.00, 59.00 49.00 | Abendkleider in aller einster Ausführung, seiten schöne Schönlängen 125-, 99-, 79- 59.00 | Winterfauschmorgenröcke viele Farben 14.75 9.75 | Seal-Elektrik-Mäntel 130 cm lang 367.00 |

Trotz meiner bekannt billigsten Preise biete ich Ihnen erleichterte Zahlungsbedingungen ohne jedwede Preiserhöhung und bitte ich Sie, von meiner neuen Einrichtung Gebrauch zu machen. Auskunft gibt Ihnen gern meine Rechnungsabteilung im I. Stock

Die Versandabteilung erledigt umgehend alle Aufträge. Nichtgefallendes wird ohne weiteres zurückgenommen.

Kinderkonfektion

Fauxsch-Mädchenmäntel mit Krimmerbesatz, Gr. 60, Steuerf. 4.75 7.75
Weiler Pyjama mit Armbüchlein u. Futter, Gr. 0, 9.75
Steigerung 1. - - - - -

Knabenpaletot m. Rückenfaule und Gürtel, Größe 1 13.75
Madelanzug 4teilig, in allen Sportfarben, Größe 40 14.50

Blusen und Jumper

Sportjacken f. Damen u. Herren aus Ia Wolle 14.50 12.50 9.50
Jumper aus Ia Kunstseide in vielen Farben 9.50 6.50 4.50

Sportbluse aus la baumw. Flanel mod. Streif. u. gr. Streif. 9.00
Crêpe de Chine-Blusen und -Jumper schwere Qualität, in weiß 24.50 18.50 und farblich

Leibwäsche, Bettwäsche, Tischwäsche, Trikotagen, Strümpfe, Handschuhe.

Herren-Nachthemden aus gutem Wäschestoff mit farbigem Paspel, alle Weiten 4.75. * Damen-Nachthemden moderne Schlüpfform mit Hohlsaum u. Stoffblende 3.50. * Damen-Nachthemd, Schlüpfform mit Hohlsaum u. Stickerei 4.25. 3.75. * Damen-Taghemd mit Hohlsaum und Lochstickerei und Stoffblende 2.50. * Damen-Taghemd Priesenform mit Stickerei 3.25. * Damen-Bekleid., geschlossen mit Hohlsaum aus prima Renforcé 2.40. * Damen-Bekleid., offen und geschlossen mit Stickereieinsatz und -ansatz 4.60. * Hausmacher-Dreiltischtuch, 130/160, 3.95. * Jacquard-Tischtuch, halbleinen, 130/160, 6.75. * Servietten, prima Halbleinen, 50/50, 0.65. * Kaffeegedecke, prima Halbleinen mit farbigem Rand und Hohlsaum 3.90. * Gerstenkorn-Handtuch mit rotem Rand, gesäumt und gebändert, 50/100 0.80. * Dreil-Handtuch, weiß, gesäumt und gebändert, 48/100 1.00.

Teppiche

Mossal-Teppich, doppelseitig, schwere Qualität, Gr. ca. 165/225 200/300 23/300 30/400 M. 68 - 72 - 88 - 142 -

Kasak-Teppich, guter Wollplüsch, Gr. ca. 65/125 130/210 165/235 200/300 M. 12.50 42 - 62 - 94 -

Gardinen

Etamine-Garnitur 3teilig mit breiten Einsätzen u. Motiven 13.50, 16.50 9.00
Etamine-Halbstores m. Handfiet und Klöppel 13.50, 12.50 9.75
Etamine-Bettdecke 2bettig, m. großen Einsätzen u. Motiv. 19.50, 16.50 10.75
Tüll-Garnitur 3teilig, 8.50, 5.50 3.75
Madras-Garnitur 3teilig, schöne helle Farben, 16.50, 11.50 6.00

Möbelstoffe

Tischdecken Perser u. moderne Muster 7.50, 8.75 3.75
Wanddecken Perser Muster 13.50, 11.50 9.75
Bücherückwände Gobelin u. Perser Muster 9.50, 6.50 5.25
Stoppdecken alle Farben, Satin, Hardarbeit 24 - 19.50 17.00
Reisdecken u. Schlafdecken 21 - 16.50 12.00

Kleiderstoffe

Gabardine, 130 cm, Ia Wolle Auswahl in großer Farben- 7.50
Damen-Mantelstoffe 130 - 140 cm 4.50
Herren-Anzugstoffe in guten Qualität, m 9.50 5.00
Crêpe-marocaine in schöner Ausmusterung für Kasaks u. Kleider . . . 9.75

Herren-Anzüge 110, 89, 67, 54 Mk. — Ulster und Paletots 130, 104, 88, 77 Mk. vorzügliche Stoffe, erstklassige Verarbeitung.

Was hilft

gegen

**NERVOSITÄT
NERVENLEIDEN
NEURASTHENIE?**

Nervenleiden sind zumeist Gehirnleiden!

**100
Krankheiten
in einer!**

„Ein Mensch, dessen Nerven angegriffen sind, hat hundert Krankheiten und doch nur eine“, sagt ein berühmter Nervenarzt.

Der Mann hat recht! Wenn man hundert Nervenkranken fragt, worüber sie am meisten zu klagen haben, so wird man hundert verschiedene Antworten erhalten, so daß der Laie nimmermehr glauben würde, daß diese hundert Personen alle an der gleichen Krankheit leiden. Der Arzt aber weiß, daß ein Nervenleiden in den verschiedensten Formen auftreten kann.

Ein nervöser Mensch ist ein unglücklicher Mensch!

Kleine Widerwärtigkeiten können ihn zur Verzweiflung bringen, die kleinste Aufregung kann ihm tagelang Kopfschmerzen und Uebelkeit verursachen, ihn ärgert die Fliege an der Wand, und er ärgert sich wiederum darüber, daß er sich so ärgert.

In leichteren Fällen äußert sich Nervosität durch Kopfschmerzen, Gliederreiben, Zuckungen, Rückenschmerzen, Gesichtsschmerzen, Schmerzen in Hals, Armen und Gelenken, Augenflimmern, Blutwallungen, Herzklopfen, Schlaflosigkeit, sehr lebhaft oder schwere Träume, Beklemmungen, Schwindelanfälle, Angstgefühle, übermäßige Empfindlichkeit gegen Geräusche, Reizbarkeit, besonders früh nach dem Aufstehen, Unruhe, Launenhaftigkeit, Versagen des Gedächtnisses, gelbe Hautflecke, Klopfen in den Adern, Krämpfe (auch Lach-, Wein- und Gähnrämpfe), Gefühl von Taubheit in den Gliedern, Zittern der Hände und Kniee bei Erregungen, blaue Ringe um die Augen, Ohrensausen, sonderbare Gelüste und Abneigungen, Schreckhaftigkeit, Neigung zu Trunksucht und andere Ausschweifungen und viele weniger auffällige Erscheinungen treten einzeln oder zusammen auf und sind sichere Zeichen, daß die Nerven angegriffen sind.

Der hauptsächlichste Teil des Nervensystems besteht aus Gehirn und Rückenmark. Von diesen gehen die einzelnen Nervenfasern aus, die den ganzen Körper durchziehen. Darum sollte man auch leichte Nervosität sehr ernst nehmen, sie niemals sich selbst überlassen, sondern sofort etwas dagegen tun, denn man weiß nie, was daraus werden kann.

Jede Arbeit, die geleistet wird, verbraucht Stoff, die Dampfmaschine verbraucht Kohlen, die Muskeln Eiweiß, die Arbeit der Nerven (d. h. des Gehirns) Phosphor.

Die Arbeit der Nerven ist ein außergewöhnlich komplizierter Prozeß, den man bis in seine tiefsten Geheimnisse noch heute nicht vollkommen erforscht hat. Fest steht jedenfalls, daß es völlig sinnlos ist, die ermüdeten und abgesspannten Nerven durch Relz- und Betäubungsmittel noch weiter zugrunde zu richten, sondern daß es vor allen Dingen darauf ankommt, den Nerven diejenigen Stoffe in der denkbar leichtest aufnahmefähigen Form zuzuführen, deren sie zur Ergänzung der verbrauchten Nervenkräfte bedürfen.

Es handelt sich dabei in erster Linie um die Glycerophosphate des Kalkes, des Eisens, des Natriums und anderer hochwertiger Elemente, um die verschiedenen Hypophosphite und endlich um die Vitamine, deren absolute Notwendigkeit für den Aufbau und die Erneuerung des Körpers evident bewiesen ist. Es ist nun gelungen, diese edlen und sehr teuren Nervennährstoffe in größeren Mengen rein zu gewinnen und Dr. med. Robert Hahn & Co., G. m. b. H., Magdeburg, bringt ein solches Nerven-Nährpräparat unter dem Namen „Nervisan“ in den Handel.

„Nervisan“ enthält, wie aus dem jeder Schachtel beigegebenen Originalrezept hervorgeht, in erster Linie eine Reihe von Glycerophosphaten und Hypophosphiten, es enthält vor allen Dingen die sämtlichen außerordentlich wichtigen Nährsalze der Milch in chemisch reiner, unveränderter Form und auch die Vitamine der Milch. Es stellt ein ganz neuartiges Produkt dar, dessen hoher Wert von der Wissenschaft anerkannt wird.

Fragen Sie den Arzt, ob ein Präparat, das nach dem vorstehend genannten Rezept zusammengesetzt ist, nicht für jeden Nervösen das gegebene Kräftigungsmittel ist. Jeder Arzt wird Ihnen bestätigen, daß ein Präparat nach diesem Rezept zusammengesetzt, von keinem anderen übertroffen werden kann.

Hüten Sie sich aber unbedingt vor den vielfach angebotenen Schwindelmitteln! Es gibt Firmen, die auch den Dokortitel führen, vor deren Erzeugnissen aber schon vor Jahren durch die zuständigen Behörden öffentlich nachdrücklich gewarnt worden ist, weil sie Schwindelmittel und nur darauf berechnet sind, dem Publikum das Geld aus der Tasche zu locken. Sie kennzeichnen sich dadurch, daß sie ihre Zusammensetzung ängstlich verschweigen.

„Nervisan“ gibt seine Zusammensetzung auf jeder Schachtel genau bekannt, jeder Arzt und jeder Apotheker kann es beurteilen und nach dem Rezept selbst herstellen, allerdings zu einem vielfach teureren Preise, als es von uns geliefert wird.

Weit über 8000 dankbare Patienten haben bis zum Juli 1924 bestätigt, daß sie mit „Nervisan“ glänzende Erfolge erzielt haben und daß es nichts Besseres zur Wiederherstellung der Nervenkräft gibt.

Sie sollen aber für die Prüfung des „Nervisan“ kein Geld ausgeben; völlig kostenlos sollen Sie sich von der Güte des Präparates überzeugen. Wenn Sie sich unter Berufung auf diese Zeilen an Dr. med. Robert Hahn & Co., G. m. b. H., Magdeburg, wenden, so erhalten Sie vollständig kostenlos und portofrei eine Probe dieser nervenstärkenden Pastillen zugesandt, außerdem auch noch ein Buch, in welchem die Ursachen und die Heilung der Nervenleiden klar und verständlich geschildert sind.

Ein Mittel, welches von jedem aufs günstigste beurteilt wird, sollte man mindestens versuchen, besonders wenn dieser Versuch nichts kostet.